Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Polender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Post: anstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 286. Halle, Dienstag den 10. Dezember 1918. 2. Jahrgang.

Die Leipziger A.- u. S.-Räte gegen die Nationalversammlung.

Das Gesamtministerium in Dresden gegen die Willkür der Leipziger A.- u. S.-Räte.

Die Leipziger Unabhängigen sprengen planmäßig eine demokratische Versammlung.

Niederlage der Unabhängigen bei den Chemnitzer Arbeiterratswahlen.

Der kritische Sonntag in Berlin.

Der kritische Sonntag, an dem in Berlin alle drei Richtungen der Sozialdemokratie ihre Anhänger aufboten, ist völlig ruhig verlaufen. Die 14 Versammlungen der Sozialdemokratie gestalteten sich zu mächtigen Kundgebungen für die Mehrheitsrichtung. Der zur Verfügung stehende Raum erwies sich als drei- und viersach zu klein. „In der ruhmreichen Geschichte der Sozialdemokratie", sagt der Vorwärts, „ist der gestrige Tag einer der stolzesten . . . Wenn der gestrige Tag ohne Blutvergießen verlaufen ist, so ist dieses Ergebnis nur der übermenschlichen Selbstbeherrschung der republikanischen Soldaten und der Berliner Bevölkerung zu verdanken."

In den Versammlungen der Unabhängigen, die unter freiem Himmel stattfanden, ließen die Redner ihren Groll gegen die Mehrheitspartei zwanglos ihren Lauf. In einer Versammlung bezeichnete es Kurt Rosenfeld als traurig, daß **die Mehrheitssozialisten einen noch kürzeren Wahltermin für die Nationalversammlung verlangten. Hoffmann meinte in einer anderen, die Nationalversammlung werde einen reaktionären Charakter tragen und die Errungenschaften der Revolution vernichten.** Dann werde weiter nichts übrig bleiben, **als die Konstituante nach russischem Muster auseinanderzujagen.** In einer dritten mußte sich Ströbel mit den Spartazisten auseinandersetzen. Auch wir würden, sagte er den Spartakussen gut zuredend, „lieber auf Ebert und Scheidemann verzichten, aber bedenkt, Genossen, daß **hinter Ebert und Scheidemann die ungeheure Mehrheit des Proletariats steht. Das ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen.** „Die Spartakisten waren sehr unzufrieden, und es hagelten auf den „Regierungssozialisten" Ströbel grobe Schimpfworte.

Also die Unabhängigen sind sich völlig darüber im klaren, daß auf ihrer Seite **nicht** die Massen stehen. Nach Dresden hat das ziffernmäßig jetzt wieder Chemnitz bewiesen.

Die Spartakusversammlungen waren nach der Roten Fahne von 30—40 000 Teilnehmern besucht. Die Kundgebung im Treptower Park war eine gemeinsame der Spartakusleute und Unabhängigen. Die Aufforderung, nach Treptow zu marschieren, wo Liebknecht sprach, wurde mit Beifall aufgenommen. Alle Versammlungen gestalteten sich zu wilden Ausbrüchen gegen die Mehrheitspartei und es wurde verlangt, daß deren Vertreter in der Regierung entfernt würden. Die Rote Fahne verlangt stürmisch den Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. Die Freiheit, das Organ der Unabhängigen steht aber anscheinend nicht auf diesem Standpunkt. Sie schreibt: „In einer am Sonnabend abend stattgefundenen Aussprache sind **alle schwebenden Fragen geklärt.** Insbesondere ist festgestellt worden, daß Ebert und Scheidemann von dem Putschversuch nichts gewußt hatten und davon überrascht worden sind. Man darf erwarten, daß durch diese Aussprache die gemeinsame Basis gefunden worden ist, aus der ein ersprießliches Zusammenarbeiten der revolutionären Behörden und Regierung und des Vollzugsrates erfolgen wird."

Die Rote Fahne schätzte die Zahl der Teilnehmer an den an die Spartakusversammlungen sich anschließenden Straßenkundgebungen auf 150 000 Personen. Auch die Unabhängigen wären dem Rufe, dem Zuge zu folgen, nachgekommen. Die Schätzungen aller anderen Berliner Blätter bleiben weit hinter der Angabe der Roten Fahne zurück; sie schwanken zwischen — — 3000 bis 6000! Die Rote Fahne hat also den Mund gehörig voll genommen. Die Zahl der Teilnehmer war aber jedenfalls groß genug, um es Liebknecht zu ermöglichen, bis in die späten Abendstunden herumzuspektakeln.

Massenverhaftungen in Berlin.

Am Sonntag wurden von Soldaten des Berliner Sicherheitsdienstes etwa hundert Personen im Hotel Bristol festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht. Die Festnahme stand im Zusammenhang mit der Aushebung einer besonderen Studentenwehr, die sich ohne Bewilligung der Regierung gebildet hatte, um für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Berlin zu sorgen. Die Studentenwehr hatte die Absicht, für den Fall eines Putsches jederzeit alarmbereit zu sein. Nach eingehendem Verhör wurden alle Festgenommenen bis auf einen, den Führer, Referendar Dr. Sacho, wieder freigelassen.

Nach einer anderen Meldung traf man bei einer Haussuchung in dem Hotel außer Studenten auch andere Männer, Offiziere, Philosophen und Aerzte. Von den verhafteten 9 Personen wurden 7 gleich nach Aufklärung wieder entlassen.

In beiden Meldungen geht die Zahl der Verhafteten weit auseinander.

Putschversuch in Hamburg.

Von einem Putschversuch wird auch aus Hamburg berichtet. Von einer Gruppe Kapitalisten sollen dem Redakteur Abter des Hamburger Mittagsblattes zu diesem Zwecke 500 000 M. zur Verfügung gestellt worden sein. Geplant war die Festnahme der unabhängigen Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats. Es kam jedoch umgekehrt, da die Sache ruchbar geworden war.

Aus dem Leipziger Hexenkessel.

Die Leipziger Volkszeitung veröffentlichte gestern wieder einen verhältnismäßig ruhigen Aufruf der Parteileitung der unabhängigen Sozialdemokratie an ihre Anhänger, der **zur Wahlagitation für die Nationalversammlung auffordert. In der kurzen Spanne der Zeit bis zum Wahltermin gelte es,** mit aller Kraft die Wähler über die Grundsätze des Sozialismus zu unterrichten, um den Sieg der unabhängigen Sozialdemokratie zu sichern. Der Streit, wann die Konstituante zusammentreten solle, sei jetzt müßig. Am Sonntag nachmittag aber hat eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Kreishauptmannschaft Leipzig getagt, in der gegen drei Stimmen folgende Resolution angenommen wurde:

Die am 8. Dezember 1918 in Leipzig versammelten Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte der Kreishauptmannschaft Leipzig erklären, daß sie sich, solange nicht die wirtschaftliche Gleichstellung aller Volksgenossen erreicht ist, gegen die Wahlen zur Nationalversammlung aussprechen. Sie verlangen, daß bis dahin alle Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte geeinigt wird.

In einem Vertrage hatte Seger die Auffassung abgelehnt, als ob das Ausland keine Nahrungsmittel liefern werde, wenn die Nationalversammlung nicht komme. Damit solle nur die Revolution in Mißkredit gebracht werden. Wenn die Entente bei uns einmarschiere, würden ihre Soldaten nicht die Rolle spielen, die unsere Soldaten im Osten gespielt hätten. Von dem Auftreten der Ententetruppen in den besetzten Gebieten des Reiches hat Seger demnach noch nichts gehört. Lipinski wandte sich gegen die Ansicht Segers, daß der Sozialismus sofort durchgeführt werden müsse. Man könne den Sozialismus dekretieren, damit sei er jedoch noch nicht durchgeführt.

Der alte Geyer säuft darauf die Stimmung für die Annahme der oben erwähnten Entschließung. Wenn die Bürgerlichen die Mehrheit erhalten, sagte er, werden sie versuchen, die sozialistische Republik in eine bürgerliche umzuwandeln; dann müsse aber die Revolution aufs neue entbrennen. Was liegt da näher, als daß man von der Wahl der Konstituante überhaupt absieht? Und so beschloß man denn, die Wahlen bis auf den St. Nimmerleinstag hinauszuschieben und die Macht bei den Soldatenräten zu belassen. Die Herren Unabhängigen überlieben nur, daß auch die Arbeiter- und Soldatenräte in ihrer Mehrheit die Einberufung der Nationalversammlung verlangen. Die Unabhängigen können es eben andrehen wie sie wollen, sie rutschen eben am Ende unten durch trotz ihrer schönen Beschlüsse.

In derselben Sitzung wurde auch die Frage aufgeworfen, wo die Grenzen der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte seien. Darauf bemerkte Seger, daß ministerielle Anordnungen, die bestimmt seien, diese Macht einzuengen, nicht anerkannt werden könnten. Ob die Geyer und Lipinski darauf etwas gesagt haben, wird nicht berichtet. Und doch wäre es sehr wichtig, darüber etwas zu erfahren angesichts des Tischtelmeckels zwischen dem Leipziger Arbeiter- und Soldatenrate und den Dresdner Volksbeauftragten, die einstimmig — also auch Geyer und Lipinski — sich gegen die Leipziger Selbstherrlichkeit gewendet und mit Recht betont haben, daß es ja zu ganz unmöglichen Zuständen führen müsse, **wenn ein einzelner Arbeiter- und Soldatenrat das Recht für sich in Anspruch nehmen wollte, Anordnungen der Zentrale ohne weiteres nicht zu befolgen. Ein solches Verfahren verstößt gegen die Auffassung des Gesamtministeriums.** Das ist natürlich richtig. **Aber was kümmert das die Leipziger Anarchisten?** Sie wenden sich ja nicht bloß gegen die Dresdner Regierung, sondern auch gegen die Reichsregierung, **wie der Beschluß auf Hinausschiebung der Nationalratswahlen beweist. Glauben denn die Herrschaften, daß** sie auch nur in Leipzig mit einer solchen Politik Erfolg haben werden, zumal sie nun auch noch, wie die Vorgänge in der gestrigen Kristallpalastversammlung beweisen, dazu übergehen, planmäßig Versammlungen der Gegner zu sprengen?

Die Gewaltpolitiker in Leipzig werden noch früh genug einsehen müssen, daß sie auf schwankem Grunde operieren, wenn sie alle Demokratie mit Füßen treten und den nackten Terror organisieren.

So kann es nicht weitergehen!

Ja, so kann es nicht weitergehen! Das ist die Meinung aller, die nicht den letzten Rest von Verstand verloren haben. Fast unblutig ist in der größten Revolution das sozialistische Proletariat zur Macht gelangt, sind fast zwei Dutzend Throne und Thrönchen wie Spane zersplellt, und nun wütet in Berlin der Bürgerkrieg, bei dem Bürgerblut in Strömen fließt. Wie soll das enden? Wer ist schuld an den Berliner Vorkommnissen? Heute kann nur noch ein Narr behaupten, daß die Volksbeauftragten in ihrer Gesamtheit oder Scheidemann und Ebert allein irgendwelche Verantwortung an dem Blutvergießen treffe. Gegenüber dieser Tatsache ist es von ungeordneter Bedeutung, von wem die Anregung zu dem Vorgehen gegen den Vollzugsausschuß ausgegangen ist. Die Volksbeauftragten haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die Untersuchung gründlich geführt werden wird und die Schuldigen die volle Strafe zu tragen haben werden. Mittlerweile ist zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschusse eine Vereinbarung getroffen worden, daß die Exekutive allein und ausschließlich bei den Volksbeauftragten liegen soll. Das ist insofern wichtig, als es zeigt, daß zwischen den beiden Körperschaften volle Uebereinstimmung besteht. Es genügt indessen nicht. Es muß jetzt Klarheit darüber geschaffen werden, was nun zu geschehen hat, um in Zukunft derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen.

Die Spartakusgruppe und ihre Führer wälzen die Schuld auf die Gegenrevolution, für die sie Ebert und Scheidemann verantwortlich machen. Besonders radikale Spartakusmen-

Die Arbeiterratswahl in Chemnitz.

Bei den am 9. Dezember in Chemnitz vorgenommenen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat haben die Unabhängigen eine gleich schwere Niederlage erlitten, wie vor 14 Tagen in Dresden. Nach dem noch nicht vollständigen Ergebnis wurden für die Liste I (Mehrheitssozialisten) **78 379**, für die Liste II (Unabhängige) **6552** Stimmen gezählt. 78 Stimmen waren ungültig. **Wahlberechtigt waren alle** über 20 Jahre alten, gegen **Lohn oder Gehalt bis zur Höchstgrenze von 7500 Mark beschäftigten Personen beider Geschlechter, sofern sie in Chemnitz oder Umgegend ihren Wohnsitz haben oder in einem Chemnitzer Betriebe beschäftigt sind; ferner Arbeitslose sowie alle Soldaten oder gewesene Soldaten ohne Rücksicht auf ihr Alter.**

Abermals hat also die Masse der Arbeiter und Soldaten gegen die Unabhängigen und Spartakusse entschieden. Die L. V. wird auch heute wieder von allerlei Machenschaften reden, auf die dieses Resultat zurückzuführen sein soll und natürlich noch nichts davon wissen wollen, daß, wie Ströbel in einer Berliner Versammlung sagte, die Sozialdemokratie über die ungeheure Mehrheit unter der Arbeiterschaft verfügen. 80 bis 90 Prozent der Arbeiter, sagte Scheidemann in einer Berliner Versammlung, ständen hinter der Sozialdemokratie. So ist's. Auch in Leipzig werden die Unabhängigen noch erfahren, daß sie nicht allmächtig sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181210-19/fragment/page=0001

schen werfen auch die Haase und Dittmann in den gleichen Topf mit den Schuldigen, weil sie mit Ebert und Scheidemann in derselben Regierung sitzen. Wenn man indessen die Vorgänge am Sonnabend und am Sonntag betrachtet, dann muß ein Blinder erkennen, daß die Spartakusse und ihre Hetzereien gegen die Regierung die Schuldigen sind. Der Volksbeauftragte Barth sprach am Sonnabend, wie berichtet, zu einer großen Menge vom Reichskanzlerpalais und führte aus, daß kein Arbeiter mehr auf Liebknechts Seite stehen werde, wenn er die Gelegenheit habe, sich mit Liebknecht in einem der größten Säle auseinanderzusetzen. Und man muß allerdings sagen, daß Liebknecht allen Verstand verloren haben muß, wenn man seine heutigen Treibereien gegen Ebert und Scheidemann sieht, obwohl er es gewesen ist, der in den linksradikalen Barth gedrungen hat, neben Ebert und Scheidemann in die Regierung einzutreten, um die Revolution nicht zu gefährden. Wegen dieser Enthüllung bagelte es über den unabhängigen Volksbeauftragten Liebkosungen wie Strolch, Lump, Gauner usw., man warf ihm vor, daß er sich die Taschen fülle. Besonnenere Elemente, die Barth in Schutz nehmen wollten, verschlang das wilde Toben der aufgeregten Masse. Und wenn nicht Liebknecht schließlich abgewinkt hätte, wäre Barth, vielleicht in seiner sicheren Position im Reichskanzlerpalais sehr unsicher gewesen. In einer Versammlung am Sonnabend geiferte die Luxemburg, das Volk habe hungern müssen und das werde auch unter Scheidemann und Ebert nicht anders werden. Ebert und Scheidemann hätten den Chaos erst geschaffen, indem sie das **Volk in den Krieg getrieben und alle Volksgüter verschwendet hätten. Die Regierung müsse gestürzt werden, wenn es besser werden solle.** Der Schluß war ein Hoch auf Liebknecht, der unser Präsident werden müsse. Liebknecht, der darauf sprach, nannte Ebert und Scheidemann Buben, die weiter nichts trieben als Gegenrevolution. „Nieder mit ihnen!" rief er. „Alle Macht den Soldatenräten! Das Proletariat der ganzen Welt muß sich zur Weltrevolution zusammenschließen!"

Wenn es bei diesen Tiraden bliebe, wäre es ja weiter nicht schlimm. Aber da die Gesellschaft mit Maschinengewehren und Panzerautos spazieren fährt, bedarf es eben nur eines winzigen Anlasses, um Zusammenstöße herbeizuführen, die zu Blutvergießen führen müssen. Bei einer solchen Spazierfahrt, an die sich ein langer Zug von Arbeitern und Soldaten anschloß, ging plötzlich eine Bewegung durch den Zug. Leute flüchten und schreien. Aus einem öffentlichen Gebäude waren bewaffnete Mannschaften mit Maschinengewehren hervorgestürzt und hatten Anfalten zum Schießen getroffen. Es entstand ein unbeschreiblicher Tumult und Rufe ertönten: „Nicht schießen! wir machen eine friedliche Demonstration und schießen auch nicht!" In der höchsten Verwirrung kam ein Militärauto angerast, zwei Insassen sprangen vom Wagen herunter und riefen den Bewaffneten zu, nicht zu schießen. Die Bewaffneten waren zunächst unschlüssig, stießen dann die Gewehrkolben energisch auf den Boden und zogen sich zurück. Die Liebknechttruppe aber bemächtigte sich der Maschinengewehre und schleppte sie auf einem Wagen mit sich fort. Vor der Kommandantur standen wieder Soldaten mit Gewehren und abermals ertönten die Rufe: „Nicht schießen, wir machen eine friedliche Demonstration!" Ja, zum Henker, wozu braucht man dann zu friedlichen Demonstrationen Mordwaffen in solchen Massen? Liebknecht und sein Anhang, die ihren Plan, die ganze Herrschaft an sich zu reißen, um das Chaos vollkommen zu machen, mit dem Sturm auf das Polizeigebäude begannen, werden keinen Augenblick zögern, diesen Plan mit bewaffneter Gewalt durchzuführen, wenn sie über genügend Waffen verfügen und den Moment für gekommen erachten. Wollen denn die Volksbeauftragten und der Vollzugsausschuß zusehen, bis es zu spät ist? Die Volksbeauftragten begeben ein Verbrechen an dem Volke, der jungen Freiheit und der Revolution, wenn sie den Dingen ihren Gang gehen lassen. Die Ereignisse in Dresden, Chemnitz, München zeigen, daß das Treiben der Spartakusleute nicht auf Berlin beschränkt ist.

Der nächste Schritt zur Sicherung der Revolution muß deshalb die Entwaffnung aller unbeteiligten Elemente sein!

Dieser Schritt setzt jedoch die völlige Uebereinstimmung zwischen den Unabhängigen und Sozialdemokratie voraus. Damit sieht es indes sehr windig aus. Nach dem bereits erwähntem Uebereinkommen zwischen dem Rate der Volksbeauftragten und dem Vollzugsausschusse, wonach beide Körperschaften einmütig im Dienste der Revolution tätig sein wollen und die ganze Vollziehungsgewalt beim Rate der Volksbeauftragten liegen soll, müßte man auch Uebereinstimmung annehmen können. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Die Haltung der Unabhängigen ist zwiespältig. Sie zerfallen in eine unverantwortliche Masse und eine handvoll Männer in verantwortlicher Stellung, deren Haltung erst recht zweifelhaft und zwiespältig ist. Die Haase, Dittmann und Barth verdächtigen unsere Genossen Scheidemann und Ebert der indirekten oder auch direkten Schuld an der angeblichen Gegenrevolution, und verfuchen damit nicht nur bei ihren unabhängigen Gesinnungsgenossen, sondern auch bei den Spartakussen Stimmung für sich zu machen, obgleich die Spartakusse zu Massenstreiks und gegen die jetzige Regierung hetzen und in wahnsinniger Weise mit Maschinengewehren die öffentliche Sicherheit gefährden. In einem demokratischen Staate muß Freiheit für jeden Staatsbürger, für die Betätigung jeder politischen Meinung vorhanden sein. Was jedoch die Spartakusse treiben, ist wider die Freiheit, der greulichste Terror einer verschwindenden Minderheit, der zum Bürgerkrieg, zur Reaktion und zur Niederlage der demokratischen Freiheit führen muß. Durch dieses Treiben wird das Wirtschaftsleben nach russischem Muster völlig gelähmt, werden die Ernährungsschwierigkeiten verschärft und daher der Hunger der Allgemeinheit in greifbare Nähe gerückt. In München ist das Treiben dieser gewissenlosen Menschen vielleicht noch schlimmer. Scheidemann bezeichnete es als das Treiben einer gewissenlosen Räuberbande. Soll denn diesem Treiben nicht Einhalt geboten werden? Was heute in Berlin geschehen ist, kann morgen in jeder anderen Stadt — siehe Dresden — geschehen. Mit Recht sagte Scheidemann in einer Berliner Versammlung, die Vorwürfe, daß die Volksbeauftragten in Berlin dem Treiben bewaffneter Banden mit verschränkten Armen zusähen, seien nicht unberechtigt. Ja, warum wird dann aber nicht mit Energie gegen dieses Treiben eingeschritten?? Das wäre gewiß schon längst geschehen, wenn die Regierung einig wäre. Doch das unabhängige Bleigewicht der Haase & Komp. hindert die Regierung, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen — bis es zu spät ist, bis der Bürgerkrieg in Permanenz tobt und der Entente Anlaß zum Einschreiten gegeben ist. Deshalb heißt es, so schnell wie möglich vorbeugen. In der bereits erwähnten Versammlung erklärte Scheidemann, daß er für seine Person diese Zustände nicht acht Tage mehr mit machen werde. Wir halten Scheidemann beim Worte! Sein Verhalten wird auf Ebert und Landsberg seinen Eindruck nicht verfehlen. Dann mögen die Haase und Liebknecht die Verantwortung tragen für das, was sie verschuldet und was kommen muß.

Und noch ein anderes ist notwendig! Das junge republikanisch-demokratische Staatswesen muß so schnell wie möglich auf eine verfassungsmäßige Grundlage gestellt, der Diktatur muß ein Ende gemacht und der Wirrwarr der Arbeiter- und Soldatenräte aus der Welt geschafft werden. Der 16. Februar als Wahltermin für die Nationalversammlung ist viel zu spät. Scheidemann hat sich bereits für den 19. Januar ausgesprochen. Wahlen an diesem Termine sind technisch möglich. Wenn eine Anzahl Feldgraue nicht mit wählen können, ist das bedauerlich, aber nicht zu umgehen. Deshalb her mit der Nationalversammlung! Mit dem Geschrei von der Gegenrevolution, die durch die Nationalversammlung gefährdet sein soll, wollen die Spartakusse und ihre unabhängigen Freunde nur im trüben fischen. Wenn sich die Regierung nicht entschließen kann, der Reichskonferenz der Arbeiterräte den Vorschlag eines wesentlich früheren Termins zu machen, dann muß diese Konferenz aus eignem Entschlusse dazu kommen, weil es notwendig ist, wenn nicht alles in Scherben gehen soll.

R. J.

In einer der Volksversammlungen der Spartakusleute am Sonntage erklärte Liebknecht, die Unruhebewegung in Berlin werde fortgesetzt werden, **bis die gesamte Macht an die Spartakusgruppe übergegangen sei.** Es seien Waffen und Munition vorhanden, um eventuell einen mehrwöchigen Kampf zu bestehen. Das neue Jahr werde Deutschland unter der Herrschaft der Soldaten- und Arbeiterräte und damit des bewußten Proletariats finden.

Für diese Woche sind bereits wieder 42 Massenversammlungen der Spartakusleute angesagt.

Wie lange soll das Treiben noch geduldet werden??

Bernstein gegen blindwütiges Sozialisieren.

SK. Im Lindnerschen Festsaale zu Pankow sprach am Freitag abend eines der hervorragendsten Mitglieder der Sozialisierungskommission, Ed. Bernstein, über „Revolution und Sozialisierung". Er führte aus:

„Die Sozialisierung darf nicht blind und wild, sondern muß systematisch angewandt werden. Es läßt sich nicht an einem Tage einfach durch Dekret sozialisieren; soll die Sozialisierung wirklich dem Allgemeinwohl zugute kommen, so gebraucht man dazu Zeit. Würden wir an einem Tage alles umkrempeln, so würde die Arbeiterschaft am meisten darunter leiden. Der leitende Gesichtspunkt kann nur sein, mit weniger Kraft und weniger Risiko höhere Werte zu schaffen. Die Sozialisierung ist nicht an die Form der Enteignung gebunden; man kann auch durch Arbeiterschutz, Tarifverträge, Preisfestsetzung usw. sozialisieren. Die Arbeiterschaft muß Verdienstmöglichkeit behalten. Sofortige allgemeine Vergesellschaftung würde Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Wirtschaftslebens bedeuten. Ohne Profit raucht kein Schornstein. Nehmen wir dem Fabrikanten die Sicherheit und die Bereitwilligkeit, Neuerungen einzuführen, dann gehen wir rückwärts und eines schönen Tages steckt die ganze Produktion. So war es in Rußland, wo das größte Elend herrscht und die Städte sich entvölkern. Ein politisches System kann man wohl an einem Tage zerstören, aber nicht einen wirtschaftlichen Organismus zerpflücken. Nicht aus dem Chaos kann die Sozialisierung kommen, nicht aus einem Trümmerhaufen die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. In Rußland wird die kapitalistische Republik das Ende der überstürzten Sozialisierungsversuche sein. Darum wollen wir daran festhalten. Organisch — nicht mechanisch! Systematisch — nicht schematisch!

Die Lage in Deutschland ist sehr ernst, viel ernster als der Außenstehende weiß. Lebensmittel und Rohstoffe fehlen, der Kredit ist zerrüttet. Wir müssen unsere ganze Kraft daran setzen, die Produktion wieder in Gang zu bringen, sonst sind Elend und Hungersnot unvermeidlich. Inzwischen halten wir die politische Macht, das freie Wahlrecht und die Republik fest und gehen planmäßig Schritt für Schritt an die Sozialisierung."

Das vortreffliche Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und löste in der Versammlung eine Stimmung aus, die ein Diskussionsredner unter vielfacher Zustimmung in die Worte faßte: „Uns Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen trennt nichts mehr! Einigen wir uns, angesichts der bürgerlichen Verbrüderung!"

Heinrich Cunow über Verstaatlichung.

Das Mitglied der Sozialisierungskommission, Heinrich Cunow, nimmt in der jüngsten Nummer der Neuen Zeit programmatisch Stellung zum Sozialisierungsproblem. Er erklärt, daß ihm, einem alten Vorkämpfer weitausgreifender Verstaatlichungspläne, bei dem jetzt ausgebrochenen Uebereifer, bei dem geradezu beängstigenden Fanatismus der Monopolisierung schwindlig werde. Dabei verstehe man unter der sogenannten Sozialisierung nicht eine schrittweise allmähliche Inbesitznahme der Betriebe, eine Aufeinanderfolge organisatorisch, technischer Verwaltungsmaßnahmen, sondern bilde sich ein, nach Belieben ließe sich die wirtschaftliche Lebensfunktion der Gesellschaft ändern, und man könnte kurzweg die kapitalistische Gesellschaftsformation in eine sozialistische umgestalten: „Der alte Dekretenglaube, der Konventsmänner der französischen Revolution, der vermeinte, durch staatliche Gesetzgebungsakte das gesellschaftliche Leben in jede gewünschte Form pressen zu können, ist wieder in alter Glorie entstanden. Daß der Sozialismus eine höhere Form wirtschaftlicher Organisation, eine höhere Wirtschaftsordnung ist, die sich nur unter bestimmten entwicklungsgeschichtlich gegebenen Bedingungen durchzusetzen vermag, scheint fast vergessen zu sein."

Cunow sagt, daß diesen Dekretgläubigen nach Karl Marx' treffenden Worte, die sozialistischen Erkenntnisse nicht einmal hautticf säßen. Das wichtigste sei in Wahrheit die Steigerung der Produktivität, die Vermehrung der Gütererzeugung unter Einsatz möglichst geringer Produktivkräfte. Nur dadurch ließe sich die Finanzlage bessern, die Geldentwertung rückgängig machen und die Lebenshaltung der großen Volksmassen auf eine höhere Stufe heben. Das Gesetz der steigenden Produktivität werde den Umfang und die Formen der Betriebsverstaatlichungen bestimmen. In der Sachverständigenkommission müßten deshalb nicht nur die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Theoretiker das Wort führen, sondern auch Betriebsfachleute und Genossenschaftspraktiker vertreten sein. Mit fertigen Expropriationsrezepten und -resolutionen sei gar nichts anzufangen. Der Uebergang bestimmter Kategorien von Großbetrieben in Staatsbesitz sei unumgänglich, aber vor allgemeiner Enteignungspolitik schrecken die bolschewistischen Spuren; damit baue man nicht eine neue Wirtschaftsorganisation, sondern zerstöre lediglich die alte kapitalistische. Cunow gelangt zu dem Schluß: Es dürfen nur solche Verstaatlichungsmaßnahmen vorgenommen werden, die sich organisch in die Wiederaufrichtung des Wirtschaftsbetriebes einfügen.

Ein französischer Sozialdemokrat über die deutsche Besatzung.

ff. In der Humanite berichtet der sozialistische Bürgermeister und Generalrat, Hentyes, über seine Erlebnisse im besetzten Nordfrankreich. Seine Darstellung sticht sehr angenehm ab von den Schauergeschichten der Pariser Boulevardpresse. Uebrigens steht er mit seiner Meinung nicht allein. Gar mancher der vor ihm nach Paris zurückgekehrten Sozialisten fand anerkennende oder doch mildernde Worte für die deutsche Besatzung. Leider gehen ihre Schilderungen im Lärm des chauvinistischen Taumels fast ungehört, wirkungslos unter, doch hören wir, was Hentyes berichtet:

„Ich bin während der ganzen Besetzung, also vier Jahre lang, inmitten meiner Gemeinde geblieben. Dreimal bin ich eingesperrt worden. Der Einspruch, den wir am Ende des letzten Jahres gegen die zwangsweise Einreihung unserer Greise und Jugendlichen in die Zivilbataillone (Arbeitsdienst) erhoben, brachte meine Absetzung." Von seinen traurigen Erinnerungen berichtet Hentyes mit auffälliger Mäßigung. „Gewiß hat es Ausartungen gegeben; aber es wäre ein großer Fehler, ihre Zahl und Schwere zu übertreiben. Ich fühle mich angeekelt von der mit den „deutschen Grausamkeiten" auf höherem Wink in Frankreich betriebene Propaganda. Mit dieser soll vor allem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit getroffen werden. Indes, ich muß gestehen, daß wir uns, abgesehen von den Gendarmen, nicht über die Soldaten, sondern nur über deren Vorgesetzte, und selbst über die obersten Vorgesetzten und die Kommandanturen zu beklagen haben. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, zeigten sich die Soldaten sanft, nachsichtig und menschlich."

Auch wurde Hentyes nach seiner Ansicht über die Stellung der französischen Sozialdemokratie befragt. Er ließ sich nicht lange bitten: „Es will mir scheinen, daß sich gar mancher Genosse von dem chauvinistischen Strom hat mitreißen lassen — zum Vorteil der Feinde der Arbeiterklasse. Nichts wird mich dahin bringen, das heute anzubeten, was ich gestern verdammt habe. Ich bin weder Mehrheits- noch Minderheitsmann, weder Bolschewist noch Menschewist, sondern einfach Sozialist. Ich bleibe dem Geiste und Buchstaben des sozialistischen Programms unerschütterlich treu, treu der Parteieinheit und dem großen internationalen Gedanken."

Nach Hentyes hat die mit Jubel begrüßte Befreiung des französischen Nordens die Hoffnungen der Einwohner nicht erfüllt. Seitdem die fremden Eindringlinge verschwunden sind, sei die Nahrungsmittelnot schlimmer geworden. „Die wirtschaftliche Lage ist beklagenswert. Bis jetzt (vierzehn Tage nach der Befreiung) ist noch rein gar nichts getan worden. Viele der armen Leute beginnen zu klagen, man sei vor der Befreiung hinsichtlich der Nahrung und der Kohle nicht schlechter gestellt gewesen. Keine Kohle kurz vor dem Dezember! Um sich zu erwärmen, werden Möbel verbrannt. Wenn nicht bald Kohle kommt, stehen wir für nichts ein. Wenn wir nicht die Lebensmittel aus Amerika hätten, die uns in den vier Jahren niemals ausgegangen sind, stürben wir Hungers. Die Waren erreichen phantastische Preise, und da niemand arbeitet, können nur die ganz reichen Leute sich satt essen."

Beim Lesen der Schilderung der Not ist gut zu bedenken, daß in Frankreich die Zensur heute, obwohl kein Feind mehr auf französischem Boden ist, noch schlimmer als jemals gehandhabt wird.

Interalliierter Sozialistenkongreß.

Wie der Korrespondent des Handelsblads in Brüssel erfährt hat das Vollzugskomitee des internationalen sozialistischen Bureaus in Einvernahme mit Vandervelde beschlossen, Ende Januar oder Anfang Februar einen interalliierten Sozialistenkongreß nach Genf oder Lausanne einzuberufen. Es ist bereits für diesen Kongreß eine Einladung an die sozialdemokratischen Parteien des Auslandes ergangen.

Eine Entente-Polizei für Berlin?

Aus Genf wird gemeldet: Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll die Frage der Errichtung einer aus Entente-Truppen bestehenden Militär-Polizei in Berlin und Umgegend zur Lösung gelangen. Der New York Herald hält deren Entsendung für sicher und glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Weltfriedens dauern werde.

Der Berliner Stadtkommandant gegen die Rote Fahne.

Die Rote Fahne leistet sich in ihrer heutigen Nummer die gröblichsten Lügen bezüglich meiner Person. Sie behauptet, alle Fäden des Komplotts vom 6. Dezember liefen bei Wels zusammen. Dazu bemerke ich: Es ist unwahr, wenn behauptet wird, der verhaftete Marten sei auf Weisung von mir freigegeben worden, wodurch er sich als „Welsche rechte Hand" legitimiert hätte. Wahr ist vielmehr, daß ich schon am Tage vor dem Putsche schriftlich dem Polizeipräsidenten Eichhorn die Aufforderung übersandte, in der Wohnung und im Bureau des Marten eine Haussuchung vornehmen zu lassen, weil ich ihm in Verdacht hatte, der Verbreiter der Pogromflugblätter zu sein. Ich hatte die Ueberzeugung, daß es sich um ein ungemein schädliches Treiben handle, das aufgedeckt werden müsse. Wahr ist, daß ich mich in der Sitzung des Vollzugsrats befand, als der Zivilist Marten auf der Kommandantur eingeliefert und dort infolge eines Mißverständnisses und Täuschungsmanövers freigegeben wurde. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, zwischen Marten und Wels habe seit längerer Zeit eine geheime Verbindung unter dem Deckmantel einer „Vereinigung deutscher Frauen für Truppenempfang" mit dem Abzeichen Rotes Herz im schwarzen Felde bestanden. Wahr ist, daß ich den Marten bis heute nicht kenne, noch jemals gesehen habe. Wahr ist, daß Marten auf eigene Faust eine Organisation des Truppenempfangs machte, die auf Veranlassung der Kommandantur, weil sie öffentliches Aergernis erregte, unterbunden wurde.

Es ist unwahr, daß ich mit Marten ein Flugblatt zur Proklamierung des Staatsstreichs verbreitet habe. Es ist unwahr, daß ich mit Marten die Festnahme des Vollzugsrats organisiert habe. Wahr ist, daß ich vom Alexanderregiment Truppen anforderte, um dem Treiben der Demonstranten auf der Albrechtstraße entgegenzutreten. Wahr ist, daß ich den Feldwebel Fischer, den Führer der Köpenickiade, in die Stadtvogtei abführen ließ und den ausdrücklichen Befehl der Regierung überbrachte, die Truppen sollten sich ruhig in die Kaserne zurückbegeben.

Es ist unwahr, daß ich den Befehl zum Blutbade in der Chausseestraße gegeben hatte. Wahr ist, daß ich immer zur Besonnenheit und Ruhe ermahnt habe und gegen jedes Blutvergießen eingetreten bin. Wahr ist, daß überhaupt kein Befehl zum Schießen gegeben wurde — trotz der phantasievollen Darstellung der Roten Fahne. Es ist also der helle Wahnsinn, wenn nichts Schlimmeres, daß sie behauptet, ich wäre der Macher des Putsches und der Metzelei.

Otto Wels.

Die Schützengraben-Kameraden gegen Liebknecht.

Der Vorwärts veröffentlicht folgende Erklärung:

Namens der 5. Kompagnie des Armierungs-Bataillon 102 erklären wir, daß wir, die Liebknecht als Kameraden in ihrer Mitte hatten, ihn wegen seiner konsequenten Kriegsgegnerschaft verehrt und den Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181210-19/fragment/page=0002

namen „Liebknecht-Kompagnie" als Ehrennamen hochgehalten haben, seine jetzige verbrecherische Tätigkeit auf das schärfste bekämpfen. Wie ein Mann stehen wir hinter der jetzigen Regierung und Liebknecht wird seine Berliner Kameraden, von denen er weiß, daß sie auch im Schützengraben ihren Mann standen, unter seinen gesährlichsten Gegnern finden. Zu hoch steht uns das erreichte Ziel, als daß zerrüttete Nerven und persönliches Rachegefühl eines einzelnen das kostbare Gut der Freiheit gefährden dürfen.

Berlin, den 8. Dezember 1918.
Für den Soldatenrat der 5. Kompagnie des Armierungs-Batl. 102:
Siegfried Zimpel.

Die Köpenickiade im Abgeordnetenhaus.

Je tiefer die Untersuchung über die „Verhaftung" des Vollzugsrats greift, desto offenbarer wird es, daß es sich dabei um eine ausgemachte Kinderei handelt. Der Vater des ganzen Unternehmens schimpft ein gewisser Wilhelm Martens zu sein, der sich in den letzten Kriegsjahren durch blödsinnige Beschimpfungen des amerikanischen Botschafters Gerard und durch besonders blödsinnige alldeutsche Redensarten hervorgetan hat. So verbreitete er von der Zuschauertribüne des Reichstags aus einmal Flugblätter mit Bildern von den Russengreueln in Ostpreußen und für jedes Greuelbild war einem hervorragenden sozialdemokratischen Abgeordneten die Verantwortung auferlegt. Auch für die gelben Werkvereine machte er Propaganda. Diesem Mann haben sich dann zwei grüne Jungen aus dem Auswärtigen Amt, ein Graf Matuschka und ein Freiherr v. Rheinbaben, dieser aber beileibe nicht der bekannte Legationsrat und Pressereferent, angeschlossen, und sie drei zusammen haben dann einen etwas minderbegabten Feldwebel für den Streich angeworben. Spartakus aber behauptet, mit diesen Leuten steckten Ebert und Scheidemann unter einer Decke. Nur die Verleumdung und der Irrsinn können das glauben.

Heeresgerät.

Millionenwerte gehen dem Reich verloren, dadurch, daß Heeresgerät, Waffen, Bekleidung und Pferde von unberechtigter Seite unter der Hand verkauft werden.

Alle Kommandobehörden und Arbeiter- und Soldatenräte werden dringend ersucht, diesem unrechtmäßigen Verkauf mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Die unberechtigten Verkäufer und Käufer von Staatseigentum setzen sich schwerster Bestrafung aus.

Alle militärischen und Zivilbehörden werden ersucht, herrenloses Heeresgerät zu sammeln und für gesicherte Ablieferung an die zuständigen Sammellager zu sorgen.

Der Kriegsminister: Scheüch.
Der Unterstaatssekretär: Göhre.
Die Reichsregierung: Ebert. Haase.

Verordnung

betr. Arbeitsverdienst bei Verkürzung der Arbeitszeit in der Groß-Berliner Metallindustrie.

§ 1. Soweit für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin in der Metallindustrie seit dem 2. Dezember 1918 eine Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 4 Stunden unbedingt geboten ist, soll den Arbeitnehmern die Hälfte des durch die Verkürzung entstehenden Verdienstausfalles durch eine Sondervergütung ersetzt werden. Von der Vergütung trägt das Reich 60 v. H., der Arbeitgeber 40 v. H. Der vom Reich zu tragende Teil wird jedoch nur insoweit gewährt, als der Verdienst einschließlich des vom Arbeitgeber zu tragenden Teils der Sondervergütung den vierfachen Betrag des ortsüblichen Tagelohns der Betriebsgemeinde nicht erreicht.

§ 2. Die Bestimmung des § 1 gilt nur solange, bis eine Verordnung über das Verfahren, durch das die Zahl der in einem gewerblichen Betriebe zu beschäftigenden Arbeitnehmer geregelt wird, in Kraft tritt, eine solche Verordnung muß spätestens am 1. Januar 1919 in Kraft treten.

§ 3. Andere Abmachungen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Groß-Berliner Metallindustrie über eine Vergütung für die vorgenommene Verkürzung der Arbeitszeit getroffen worden sind, werden durch die Bestimmungen dieser Verordnung ersetzt.

§ 4. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten.
gez. Ebert. gez. Haase.
Der Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenrats.
gez. Müller. gez. Molkenbuhr.
Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung.
gez. Koeth.

Das Abkommen zwischen Regierung und Vollzugsrat.

Berlin, 9. Dezember (Amtlich.) In einer gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte und des Rats der Volksbeauftragten wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Beide, geschaffen durch die Revolution, streben dem einen politischen Ziele zu, dem deutschen Volke die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest. die ohne Zustimmung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Vollzugsrats ergibt sich das Recht der Kontrolle, dem Rat der Volksbeauftragten steht die ihm übertragene Exekutive ob. Beide sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten ersprießlich ausgeübt werden kann. Wir geben der Zuversicht Ausdruck, daß unser Volk in Anerkennung der schwierigen innern und äußern Lage uns dabei tatkräftig unterstützen wird.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Der Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten.

Die Württemberger Soldatenräte für früheren Wahltermin.

Auf der gestrigen Tagung der Arbeiterräte Württembergs wurde ein Antrag für Früherlegung der Wahltermine für die Reichs-Nationalversammlungen, womöglich in die erste Hälfte des Januars mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Im Verlauf der Versammlung erklärte der Ministerpräsident, er werde sich bei der Gestaltung der Dinge der Reichsregierung anschließen, soweit es die eigenartigen Verhältnisse Württembergs gestatteten. Er drücke ferner die Ueberzeugung aus, daß aus den Wahlen zur Landesversammlung die sozialistisch Mehrheit hervorgehen werde.

Die Truppenansammlungen vor Berlin.

Wie schon mitgeteilt, sind die Truppenansammlungen, von denen in so schreckenvollen Wendungen gesprochen wird, vollkommen mit Kenntnis der Reichsregierung vorgenommen worden. Es handelt sich um die hier und in der Umgebung stationierten Truppenkörper, die aus dem Felde zurückkehren. Wunderbar ist nur, daß man heute in Berlin über die Ankunft von Frontsoldaten staunt. Selbstverständlich mußten Demobilmachungszüge vom Westen nach dem Osten geleitet werden; sie sind bisher mit Absicht um Berlin herumgeführt worden, um die schlecht verpflegte Hauptstadt nicht allzustark zu belasten. Nur so erklärt es sich, daß Frontruppen in größerer Zahl noch nicht nach Berlin gekommen sind.

Es ist auch bereits mitgeteilt worden, daß es sich um die Vorbereitung eines feierlichen Empfanges der Frontruppen handelt, wie er in allen andern Städten unter besonderer Beteiligung der A.- und S.-Räte reibungslos stattgefunden hat. Daß die Reichshauptstadt die besondere moralische Verpflichtung zu einem möglichst feierlichen Empfang der Truppen hat, liegt auf der Hand. Um keine beunruhigenden Gerüchte entstehen zu lassen, hat die Reichsregierung sofort mit den zuständigen Stellen, besonders dem General Lequis Fühlung genommen. Einerseits hat sie den Volksbeauftragten Barth zu den anrückenden Truppen entsandt, anderseits ist mit dem General Lequis und dem Kriegsminister zu dem Zwecke korrespondiert worden, dem einstimmigen Wunsch der Frontruppen nach einem feierlichen Empfang Rechnung zu tragen und zugleich die Befürchtungen vor gegenrevolutionären Zettelungen einzelner zu vermeiden.

Wartet nur! Wenn die Feldgrauen zurückkommen...!

Es hat während des Krieges keine Debatte zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gegeben, in der nicht die Unabhängigen, wenn wir uns auf die offenbare Zustimmung der Mehrheit der Arbeiter beriefen, entgegnet hätten: „Wartet nur! Wenn erst die Feldgrauen zurückkommen, dann werdet Ihr Euer blaues Wunder erleben!"

Die ersehnte Stunde der Heimkehr ist da. Heute werden die, wenn auch sieglosen, so doch beispiellos tapferen Feldgrauen feierlich begrüßt in die Reichshauptstadt einziehen. Was aber erleben wir jetzt? Seitdem die Soldaten aus dem Felde sich der Heimat nähern, wissen die Organe der Unabhängigen und des Spartakusbundes nichts besseres zu tun, als spektenlang über gegenrevolutionäre Verschwörungen zu berichten, an denen diese Feldgrauen beteiligt sein sollen. Die frühere Renommisterei mit den Feldgrauen, die zur Verhaftung der unabhängigen Auffassung beliebt wurde, ist völlig verdrängt worden von der Angst vor der Vernunft, die die Feldgrauen mit in die Heimat bringen.

Hamburg.

In einer Sitzung des Großen A.- u. S.-Rates wurde eine Resolution angenommen, die die Schaffung von Wachmannschaften aus überzeugten Anhängern der Revolution, die Ueberwachung aller Waffen und Munitionsdepots in die Gewalt zuverlässiger Truppen, das Verbot des Tragens von Offiziersrangabzeichen und die Entwaffnung der Offiziere verlangt.

Der A.- u. S.-Rat beschloß, daß vom 1. Januar ab der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fortfällt; auch die Schulandachten sollen unterbleiben. Es bleibt unbenommen, den Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilen zu lassen.

Vorübergehende Besetzung der Hamburger Nachrichten durch den A.- u. S.-Rat.

Die Hamb. Nachr. teilen mit: Am Sonntag nachmittag gegen 3½ Uhr erschien eine Abteilung Matrosen unter Führung eines Vertrauensmannes in dem Verlage der Hamb. Nachr. und legte ein Streiken vor, nach dem die Druckereien für Sonntag militärisch besetzt würden. Sie haben sich zur Druckegung eines Aufrufes des A.- u. S.-Rates im Laufe des Nachmittags bereithalten müssen. Andere Druckschriften als diese durften nicht herausgegeben werden. Der Deleg erte erklärte dem zufälligerweise anwesenden Verlagsleiter, daß der gesamte Betrieb für den Sonntag unter Aufsicht des A.- u. S.-Rates gestellt worden sei.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Zulagen aus der Arbeiterversicherung.

Die Zulagen zu Invaliden-, Witwen- und Witwerrenten aus der Invalidenversicherung und zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung werden unter den bisherigen Voraussetzungen bis Ende des Jahres 1919 weitergewährt werden. Die Zulage soll künftig auch solchen Verletzten gewährt werden, die mehrere Unfallrenten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente beziehen, wenn die Prozentsätze zusammengerechnet mindestens die Zahl 66⅔ ergeben.

Die Aussichten unserer Brotversorgung

haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge des frostfreien Wetters die Hackfruchternte teilweise rascher als erwartet beendigt wurde. Dadurch sind viele Arbeitskräfte frei geworden, so daß die Bemühungen der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide, als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang aufrechterhalten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide derart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 hinaus gesichert ist.

Wenn in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß die alte Regierung über unsere Vorräte Berichte gegeben hat, die den Tatsachen nicht entsprochen haben, so erklärt sich das damit, daß zwischen Ernteschätzungen, Ernteerträgen und Ernteerfassung bedeutende Unterschiede sich stets ergeben müssen. Durch die Grippeepidemie, die große Erschwerung unserer Transportverhältnisse und besonders durch die politischen Ereignisse sind in der letzten Zeit empfindliche Verzögerungen in der Ablieferung hervorgerufen worden.

Haase und Barth gegen Joffe.

Die Volksbeauftragten Haase und Barth dementieren in Funksprüchen die Behauptung Joffes, von ihm Geld zur Anschaffung von Waffen und zu revolutionärer Tätigkeit erhalten zu haben. Barth weist darauf hin, daß er Joffe nur einmal, etwa 14 Tage vor Ausbruch der Revolution gesehen habe. Den Ankauf von Waffen habe er ausschließlich mit Geldern deutscher Parteigenossen vorgenommen. Er habe auch Haase von dem Revolutionsplan erst Mitteilung gemacht, als die Waffen gekauft waren und er ihn vor vollendete Tatsachen stellen konnte. Es wird nunmehr an Herrn Joffe sein, die Beweise für seine sensationelle Behauptung beizubringen.

Die Lage in den Kohlenrevieren.

Eine Berliner Zeitung hatte am Sonnabend mitgeteilt, daß infolge der Beendigung des Streiks auf den oberschlesischen Steinkohlengruben sich wieder gehoben habe und weiter vermehren werde, so daß bald wieder mit normaler Förderung zu rechnen sei. Der Reichskommissar warnt dagegen vor allzu optimistischer Auffassung der Lage, da in den letzten Tagen trotz Aufhörens des Streiks eine Hebung der Förderung nicht zu verzeichnen gewesen ist. Die Kohlenabfuhr habe sich in der letzten Woche stets unter 6000 Eisenbahnwagen gehalten. Am Sonnabend sind in Oberschlesien gestellt 5704 Wagen, am Montag morgen angefordert 5258 Wagen (volle Leistung während des Krieges war etwa 12 000 Wagen). Im rheinisch-westfälischen Revier sind am Sonnabend 14 462 Wagen gestellt worden (genau normal 25 000 während des Krieges). In beiden genannten Bezirken auf je einer Grube vereinzelter Streik.

Das königliche Kron-Fideikommiß in Staatsverwaltung.

Das königliche Kron-Fideikommiß ist vom preußischen Finanzministerium für den Staat in Verwaltung genommen worden. Da von diesem Fideikommiß das eigentliche Kronvermögen nicht zu trennen ist, so ist dieses der gleichen Verwaltung unterstellt worden. Die zu dem königlichen Vermögen gehörenden Güter und Forsten sind dem Landwirtschaftsministerium zur geordneten Staatsverwaltung übergeben worden. Es hat nicht an Versuchen durch die Arbeiter- und Soldatenräte gefehlt, in diese Ueberführung in Staatsverwaltung einzugreifen, das steht zu erwarten, daß diese Versuche nunmehr, nachdem alle Objekte unter geordneter staatlicher Verwaltung stehen, nicht mehr fortgesetzt werden.

Die Rheinschiffahrt freigegeben.

Die Rheinschiffahrt ist jetzt freigegeben. Sie steht unter der Kontrolle der in Köln eingetroffenen interalliierten Schiffahrtskommission. In Duisburg, Emmerich, Straßburg und Mannheim hat diese Unterausschüsse bestellt. Die deutsche Regierung hat in Köln ein Kommissariat eingerichtet, das ein Dienstgebäude in der Eisenbahndirektion hat. Vorsteher dieses Kommissariats ist Hauptmann Reeber. Alle Beschwerden über Unterbrechung der Rheinschiffahrt sind an die interalliierte Schiffahrtskommission zu richten.

Dänemarck.

Der Siegeszug des Achtstundentages.

Das dänische Folkething berät in diesen Tagen den Achtstundentag in Fabriken mit durchgehender Arbeitszeit und die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien. Beide Gesetze dürften noch in dieser Reichstagsperiode ohne wesentliche Aenderung angenommen werden.

Für sämtliche Arbeiter der Werften der schwedischen Marine wird vom Monat Januar an die wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden auf 48 Stunden ohne Verminderung des Arbeitslohnes herabgesetzt.

Schicksalsstunde.

Noch niemals in der Weltgeschichte stand die sozialistische Bewegung so nahe vor ihrem Ziele, vor der Umsetzung ihrer Ideen in die Wirklichkeit wie heute. Wahrscheinlich wird auch auf Jahrzehnte hinaus nie eine gleich günstige Gelegenheit wiederkehren, wie sie der jetzige vollkommene Zusammenbruch der alten kapitalistisch militaristischen Methode bietet. Zwei Möglichkeiten liegen für die Zukunft vor: Erneuerung und Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft unter der Form der Republik oder Umgestaltung der Gesellschaft zu sozialistischen Formen, zur sozialistischen Republik.

An der Arbeiterschaft liegt es vor allem, welcher Form wir zusteuern. Sozialismus ist Freiheit, Brüderlichkeit. Nicht Sozialismus aber ist das, was gewissenlose und eigenbrödlerische Hetzer der Arbeiterschaft vorreden, wenn sie zum Kampfe gegen die jetzige sozialistische Regierung aufrufen. Der Sozialismus Liebknechts und der Rosa Luxemburg ist nur ein Lockruf für Leichtgläubige. Was diese Spartakusleute predigen, ist brutale Gewalt, ist Bürgerkrieg. Wißt ihr aber, was Bürgerkrieg bedeutet: Besetzung Deutschlands durch die Truppen des großkapitalistischen Frankreich und England, und dann noch ein zweites, die Wiedereinsetzung bürgerlich-reaktionärer Gewalten. Die Spartakusbewegung ist die wahre Gegenrevolution. Keiner spielt der Reaktion besser in die Hände als Liebknecht! Darum, Arbeiter, laßt ab von innerem Hader. Es ist eure Schicksalsstunde: schließt euch einiger denn je zusammen für das große Ziel. Damit ringt ihr dem Bürgertum Achtung vor eurem Ziele ab und sichert so die sozialistische Republik. Stellt euch geschlossen hinter eure großen Führer Ebert und Haase, welche Ordnung und Brot und Kohle schaffen wollen, schaffen können, wenn ihr einig hinter ihnen steht; und welche dann, aber nur dann, auch das große Ziel der Sozialisierung erreichen und vollführen werden.

Schicksalsstunde des Sozialismus! Arbeiter! Tausende eurer Volksgenossen, welche zum sogenannten Kleinbürgertum und Mittelstand zählten, denken seit langem in ihrem Innern rein sozialistisch; ebensoviele der sogenannten gebildeten Stände. Das ist Tatsache. Ihr könnt sie offen für den Sozialismus gewinnen, wenn ihr sie nur einmal freundlich belehrt. Man sollte es nicht glauben, aber es ist wahr, daß Tausende von diesen Bürgern sozialistisch denken, aber vor dem Worte Sozialdemokrat zurückschrecken, weil sie die ganz verkehrte Anschauung haben, die Sozialdemokratie würde, zur Herrschaft gelangt, Unordnung und Gewalttaten hervorbringen, und den Leuten das bißchen Kultur, die ihnen des Tages Mühe zu genießen übrig ließ, rauben, Kunst und Wissen vernichten und tierische Triebe allein frei walten lassen.

Aufklärung tut in dieser Hinsicht bitter not, vor allem auf dem flachen Lande, und hauptsächlich eben in diesen Kreisen des Bürgertums, welche überreif sind für den Sozialismus und nur geweckt, gesammelt werden brauchen. Hier lockt die Arbeiterschaft ein leichter, gewaltiger Sieg. Sie muß es immer wieder laut verkünden: Sozialismus ist Gerechtigkeit, ist freie Entwicklung aller geistigen künstlerischen Kräfte und Bedürfnisse. Sozialismus ist Praxis der Menschenliebe und bei der Umwandlung in den sozialistischen Staat wird niemand in seinen Lebensgrundlagen gestört werden. Es wird allen Zeit gegeben, sich der neuen Gesellschaftsform anzupassen. Denn der Sozialismus will nicht neue Klassen, neuen Haß begründen, sondern Frieden und ihrer Menschheit bewußte Arbeiter — körperliche wie geistige ohne Unterschied —. Der Sozialismus ist eine Kulturmacht: großartige Bibliotheken, Fortbildungsinstitute und Theatervereinigungen hat die Sozialdemokratie schon vor dem Kriege für ihre Arbeiterschaft gegründet. Bessere Allgemeinbildung ist einer ihrer ersten Grundsätze; denn alle höhere Kultur kommt mit der höheren Bildung des Volkes. Die Sozialdemokratie will Glaubensfreiheit für alle; die Trennung von Staat und Kirche ist ihr nur deshalb so wichtig, weil nur durch diese Trennung die Bevorzugung einer bestimmten Religionsgemeinde unmöglich gemacht werden kann. Die Glaubensfreiheit verlangt die Trennung, nicht etwa eine angebliche Glaubensfeindschaft der Sozialdemokratie. Ihr ist die Religion Sache des Einzelnen, die dieser allein mit sich abzumachen hat. Keine Kraft soll gefesselt oder bevorrechtet sein im sozialistischen Staat, alle sollen frei sich messen. Nur der einen ist Todfehde erklärt: dem Kapitalismus, von dem alles Elend der Welt, Habsucht und Krieg, unmenschliche Unterdrückung und Härte seinen Ursprung nahm.

Der Kapitalismus, der in schonungsloser Gewinnsucht Hunderttausender kleiner fleißiger Gewerbetreibender einfach erdrückt hat; der dem Mittelstand Hilfe verspricht, aber fortführt, die Selbständigen durch niedrige Fabrikpreise zu ruinieren, die Angestellten aber in jeder Weise im Lohne drückt und ihre Kräfte ausnutzt. Der Kapitalismus ist der Todfeind unseres Volkes. Hätte sozialistische Verwaltungsweise nicht rettend eingegriffen, unser Volk wäre unter dem haarsträubenden Wucher seiner „Patrioten" in Stadt und Land schon in den ersten Kriegsjahren durch Hunger zugrunde gerichtet worden. Der Kapitalismus betrachtet das Volk als Mittel zum Reichwerden, der Sozialismus betrachtet es als eine Gemeinsamkeit von gleichberechtigten Menschen, welche alle ruhig und glücklich leben sollen. Deshalb ist der Sozialismus eine sittliche Weltanschauung. Und deshalb muß die Sozialdemokratie den Sieg erringen. Dazu muß jeder Einsichtige helfen! Die Nationalversammlung soll entscheiden. Bürger, Arbeiter, stimmt alle für die Sozialdemokratie; dort allein liegt die bessere Zukunft!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181210-19/fragment/page=0003

Sitzung der Stadtverordneten.

Der Vorsitzende teilt mit, daß sich das Kollegium beeilen müsse, da um 6 Uhr der Arbeiterrat eine große Sitzung habe, bedauert jedoch, daß man von jener Seite es nicht mal für nötig gehalten habe, die Stadtvertretung vorher in Kenntnis zu setzen.

Bei der Wahl eines besoldeten Stadtrats weist Stadtverordneter Osterburg darauf hin, daß eine neue Regierungsverordnung bestehe, wonach Wahlen auf längere Dauer nicht vorgenommen werden sollten. Oberbürgermeister Rive bezeichnete dieses Bedenken für unbegründet, da doch anderseits ausdrücklich anerkannt wäre, daß die Ausübung der Verwaltungstätigkeit nicht erschwert werden solle. Höchstens körpten Einwendungen gegen die Person des Bewerbers erhoben werden. Es liegt nur eine Bewerbung vor. Bei der Wahl selbst werden 6 unbeschriebene Stimmzettel abgegeben. 35 Stimmen lauten auf Herrn Beltheyen. Dieser ist somit gewählt.

An Stelle des Rektors Haase wird Rektor Kindermann in die Deputation zur Verwaltung des Heimes Jugendschutz gewählt. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger wird als eine dringende Notwendigkeit anerkannt. In erster Linie sollen die durch Hausbaupläne oder Bewilligungen genehmigten und noch nicht ausgeführten Arbeiten ausgeführt werden. Die Vergebung der Arbeiten soll sofort erfolgen. An solchen Bauten kommen vorläufig in Betracht: Neubau einer Volksschule in Trotha, Neubau eines Jugendheimes, Neubau einer Handels- und Gewerbeschule für Mädchen, Neubau einer Fortbildungsschule und die Erbauung einer Kleinwohnungsanlage. Bei Bearbeitung der in Betracht kommenden Entwürfe sollen die aus dem Felde heimkehrenden Architekten und Techniker berücksichtigt werden. Die Mittel zur Ausarbeitung dieser Entwürfe von insgesamt 21 000 Mark werden bewilligt.

Mehrkosten für Bauarbeiten, die bereits begonnen, aber durch den Krieg liegen geblieben sind, haben sich aus den von selbst entstandenen Kostensteigerungen ergeben. Auch hier hat man im Auge, möglichst viel Arbeitsgelegenheit zu schaffen, soweit ihre Erledigung bei der kommenden Winterwitterung möglich ist. Stadtverordneter Völker bemängelt, daß man hierbei die Benutzung des Roßplatzes für Kleinwohnungsbauten in Aussicht genommen habe. Im übrigen begrüßt er die in Aussicht genommenen Schulneubauten, die einem dringenden Bedürfnis abhelfen würden. Ebenso wird für zurückgestellte Bauarbeiten eine Summe von insgesamt 76 500 Mark bewilligt, außer den bereits bewilligten Summen.

Zur Errichtung eines Säuglingsheims und einer Kinderlesehalle in der Bethe-Lehmann-Stiftung sind früher mal schon 120 000 M. bewilligt worden, doch haben Preissteigerungen auch hier einen Mehraufwand von 9593 M. nötig gemacht.

Der Etat der städtischen Kohlengrube Karl Ernst weist eine Ueberschreitung von rund 65 000 M. auf, was sich hauptsächlich aus der Steigerung der Löhne ergibt. Die Summe wird bewilligt.

Ein Landerwerb auf dem Grundstück der Lwosschen Erben, Krausenstraße, in einer Größe von 450 qm Fläche erfordert je qm 15 Mark. Der Preis wird als angemessen bezeichnet und deshalb der Landerwerb gutgeheißen.

Bei Ausbau der Peißnitzstraße ist der Bau einer Steinbrücke über die wilde Saale genehmigt worden. Daran sind seinerzeit von der Landespolizei Bedingungen geknüpft worden. Diese sollen den Zweck verfolgen, der Entwicklung der Saaleschiffahrt etwaige Hindernisse zu ersparen. Besonders soll dem durch entsprechende Höherlegung der Brücke vorgebeugt werden. Diese Bedingungen werden von den Stadtverordneten mit Mehrheit genehmigt.

Zu diesem Projekt gesellen sich noch einige weitere damit in Verbindung stehenden Nebenarbeiten, die ebenfalls genehmigt werden.

Die Errichtung eines Handwerkeramtes wird von den Stadtverordneten Andag und Genossen beantragt, wenigstens soll der Magistrat die Errichtung in Erwägung zu ziehen. Begründet wird der Antrag damit, daß es notwendig sei, alle Mittel und Wege zu benützen, um den durch den Krieg schwer getroffenen Handwerkern besonder Magistrat die Errichtung in Erwägung ziehen. Begründet wird dag begründete den Antrag noch in längeren mündlichen Darlegungen. Die Stadtverordneten zeigen für den Antrag nicht allzugroßes Interesse. Nach kurzer Aussprache wird er dem Magistrat als Material überwiesen. Darauf folgte noch eine geheime Sitzung.

Der Große Arbeiterrat,

der nunmehr vollständig neugewählt ist und auf breiterer Grundlage beruht, hielt am Montag, dem 9. Dezember seine erste Sitzung im Stadtverordnetensitzungssaal ab. Zunächst gab der seitherige Vorsitzende Kilian einen Ueberblick über die bis jetzt ausgeführten Maßnahmen des Arbeiterrats. Er besprach dabei vielfach schon bekannte Anordnungen und Einrichtungen, wie die Einrichtung eines ständigen Bureaus, verschiedener Sekretäre, z. B. zur Kontrolle der Zeitungen, die Wahl Kilians zum unbesoldeten Stadtrat (nach Ablegung einer Prüfung!), die Kontrolle der Lebensmittelverteilung (wobei auch Bestandsprüfungen bei Privatpersonen vorgenommen wurden, die zum Teil rechte Hamsterlager bloßlegten) usw. In nächster Zeit soll den Preiswucherern entgegengetreten werden. Den Arbeiterratsmitgliedern sind je Tag 8 M. Aufwandsgelder gegeben worden, bei entgehendem Arbeitsverdienst wird auch dieser ersetzt. Insgesamt sind bisher rund 7500 M. ausgegeben worden. Ein freiwilliger Spender habe aber auch 10 000 M. dem Arbeiterrate zur Verfügung gestellt. Zwischen dem Arbeiterrate und dem Soldatenrat habe eine Weile ein gespanntes Verhältnis geherrscht. Die Ursache dürfte auf bürgerliche Einflüsse auf den Soldatenrat zurückzuführen sein. Im Zusammenhang damit sei auch gegen die Saalezeitung vorgegangen worden. Verboten sei aber die Zeitung nicht worden; sie habe ihr Erscheinen selbst eingestellt, darauf sei die Wiederherausgabe ausdrücklich angeordnet worden. Neuerdings herrscht aber zwischen den beiden Räten ein gedeihliches Einvernehmen.

In der Aussprache ergreift zunächst Genosse Thiele das Wort, der ebenfalls wünscht, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten gepflegt wird. Im übrigen kritisiert er das Vorgehen gegen die Saalezeitung. Schneidermeister Albrecht meint, man dürfe nicht zimperlich vorgehen; die in Frage kommende Zeitung würde jeden Augenblick die Konterrevolution mitmachen, wenn sie Gelegenheit hätte. Weiter spricht Redner zur Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldaterräte am 16. Dezember. Bahnbeamter Sperl verteidigt die Lebensmittel-Versorgungsmaßnahmen der Eisenbahndirektion. Eichler wünscht Vorgehen gegen den Preiswucher; das Vorgehen gegen die Saalezeitung sei nicht richtig gewesen. Holzarbeiter Rein verteidigt dieses Vorgehen.

Hierauf folgt die Neuwahl des mittleren Arbeiterrates. Parteisekretär Reiwand berichtet über die stattgefundenen Neuwahlen, nach denen 75 Delegierte gewählt sind, zu denen noch 22 sonstige Vertreter kommen. Im weiteren berichtet Redner, daß drei Wahlproteste eingegangen seien. Er berichtet insbesondere von einem Protest der Sozialdemokratischen Partei (unterschrieben von den Genossen Thiele und Drescher), der sich dagegen wendet, daß die Wahl nur betriebsweise vorgenommen wurde, daß sie nicht unter Anwendung des Verhältniswahlsystems stattfand, daß die Wahlzeiten immer so kurz anberaumt waren usw. Hierzu entspinnt sich eine lange Debatte. Genosse Thiele zieht den Protest insoweit zurück, als eine Neuwahl vorgenommen wird. Genosse Drescher und einige weitere Redner unterstützen den Protest. Albrecht sagt, es handle sich um die Wahl einer revolutionären Körperschaft, zu der nicht alle möglichen Elemente zugelassen werden können. Die Aussprache dauert fort, den Schluß bringen wir morgen.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 10. Dezember 1918.

Ueber die Zulassung von Vertretern der Beamten in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben wird beschlossen, daß diese Gruppen auf je 1000 Beschäftigte einen Vertreter erhalten sollen.

Bei der **Neuwahl des Engeren Rates** wurden nur Anhänger der Unabhängigen gewählt mit Ausnahme von zwei unserer Genossen, die bisher schon dem Engeren Rat angehörten. Nächste Sitzung am 12. Dezember.

Bekanntmachung.
Städtischer Petroleumverkauf.

Diejenigen Inhaber von Petroleummarken, welche bei der jetzigen Verteilung noch nicht berücksichtigt sind, können in der Talamtschule nur in der Zeit von 8—9 Uhr vormittags beliefert werden.

Halle, den 10. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Frische Aepfel. Mittwoch, vormittags 8—12 Uhr: auf Lebensmittelscheine Nr. 43001—43800, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 43801—44500 in der Königstraße 5, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 44501—45200, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 45201—46000 in der Martinistraße 11, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 50001—50800, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 50801—51500 in der Leipziger Straße 5. Der Abschnitt 248 des Warenbezugscheins 18 ist abzugeben. Jede Person ½ Pfd. Pfundpreis 1.30 Mark.

Eier. Mittwoch, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 31001—34500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 34501—38000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pf. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schale. Umtausch innerhalb drei Tagen.

Quark. Mittwoch, auf Abschnitt 6 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei der Milchhändlerin Rast, Schillerstraße 17 und vormittags von 8—12 Uhr in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Beesener Straße 1. Zugelassen sind nur diejenigen die bei den Vorgenannten zur Kundenliste angemeldet sind. Jede Person ½ Pfd. für 55 Pfennig.

Butter. Von Donnerstag an für die Woche vom 9.—15. Dezember 1918 werden 45 Gramm auf Abschnitt 50 der Fettkarte verteilt. Militärurlauber erhalten die Butter in der Talamtschule.

Kartoffeln. Für die Zeit vom 16.—29. Dezember werden bei den Kleinhändlern **14 Pfund Kartoffeln**, auf Abschnitt 26 der Kartoffelkarte, abgegeben.

Marmelade. Von Mittwoch an auf Marke 249 des Warenbezugscheins 18 jede Person ¼ Pfd. zum Preise von 1 M. pro Pfund. Zugelassen nur diejenigen welche in die Kundenliste eingetragen sind.

Nur noch 6 Tage!

Zirkus Althoff

Halle a. S.
im Saal des Wintergarten, Magdeburger Str.
Ab heute finden täglich [1803
2 große Vorstellungen 2
4 Uhr statt. 8 Uhr
In allen Nachmittags-Vorstellungen
Große Weihnachts-Verlosung
für Kinder. Jedes Kind erhält beim Lösen einer Eintrittskarte ein **Freilos.**
In allen Vorstellungen:
Kom. Pantomime „Die Schulkinder"
ausgeführt vom gesamten Personal.
Alles weitere siehe Anschlag.

Große Ulrichstr. 50
I. Obergeschoß. [1800
Ausstellung von Möbeln für Küchen, Schlafzimmer und Wohnräume.
Besichtigung und Annahme von Kaufanträgen daselbst täglich von 9 bis 3 Uhr
Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.

Zimmerer, Schlosser, Schmiede u. sonst. Arbeiter
finden dauernde Beschäftigung.
Grube Pauline
in Dörstewitz.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5307 HALLE Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.
In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.
Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 10 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.
Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein
Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.
Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Schuhe
werden mit **Lederstücken** und **Lederriemen** besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Wahlleiter gesucht.
Parteigenosse mit längerer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung wird für **Halle** und den **Saalkreis** als Leiter der **Wahl** für die **Nationalversammlung gesucht.** Rednerische Befähigung erwünscht. Antritt sofort. Dauernde Stellung als Parteisekretär in Aussicht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsforderung bis 15. Dezember zu richten an den
Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis.
Ad. Thiele, Bernhardstraße 68.

Volksabende mit freier Aussprache.
6. Volksabend
Mittwoch, 11. Dezember, 8½ Uhr abends
in den **Thaliasälen.** [1802
Eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Rektor **H. Haase** über:
„Die Einheitsschule."
Der Zutritt ist für jedermann frei.

Kochkisten-Verkauf
wochentags von 10 bis 12 Uhr
Rathausstraße 17 I.
hauswirtschaftliche Beratungsstelle des Halleschen Frauenbundes.
Das Stopfen der Kochkisten wird unentgeltlich gezeigt.

Preiswerte **Mützen**
für Herren und Knaben
Schüler- u. Soldaten-Mützen [1471
in großer Auswahl
Kaufhaus **H. Elkan**
Leipziger Str. 87

Stadt-Theater
Mittwoch, 11. Dezember nachmittags 3½ Uhr
Schneewittchen.
Märchen von Görner.
Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,15 Uhr
Cosi fan tutte.
Oper von Mozart.
Donnerstag: **Lohengrin.**

Schmiedelehrling
sucht **Schöne**, Lindenstr. 49.

Stempel
aller Arten, [1730
Petschafte, Farbekissen usw., liefert schnell und billig
Alfred Pfautsch,
Stempelfabrik,
Nikolaistr. 6. Fernruf 3668.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier kauft
Alb. Bode jun., Große Kaufstr. 22.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181210-19/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 286. Halle, Dienstag den 10. Dezember 1918. 2. Jahrgang.

Volksrechte und Nationalversammlung.

Den Auftakt zu den in Aussicht stehenden Wahlen zur Nationalversamlung bildeten zwei Volksversamlungen, die am Sonntag vormittag 10 Uhr im Walhallatheater und den Thaliasälen, den beiden größten Versammlungsräumen der Stadt, stattfanden. Sie waren beide gut besucht.

In der Versammlung im Walhallatheater hatte Genosse Ad. Thiele das Referat. Die Vorkommnisse der letzten Tage ließen es — so führte er aus —, nötig erscheinen, zu den politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Der glatte und siegreiche Verlauf der Revolution zeigte, daß die Zeiten überreif für die Umwälzungen waren. Der siegreiche Verlauf ist besonders auf die politische und industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte zurückzuführen, die u. a. auch bewirkte, daß das Heer — der seitherige Hauptstützpunkt für Machtentfaltungen — sofort sich auf die Seite des Proletariats stellte. Die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie hatte gut vorgearbeitet. Die Umwandlungen waren nicht in der Lage, sofort und endgültige Verhältnisse zu schaffen. Provisorisch wirken an Stelle der seitherigen öffentlichen Gewalten Arbeiter- und Soldatenräte, die keine Gegensätze sind. Das Wort, alle Räder stehen still, wenn das Volk es will, fand seine Erfüllung — auch im Kopfe mancher seitherigen Gewalthaber stand manches Rädchen still. Die Gefahr einer Gegenrevolution sei nicht groß — wenn sie nicht von bolschewistischer und ähnlicher Seite Nahrung erhielt. Die Volksregierung Ebert-Scheidemann habe mit bewundernswerter Ruhe und Sicherheit bisher die Ordnung aufrechterhalten. Auch in Halle sind in den letzten Stunden Flugblätter der Spartakusgruppe verbreitet worden, die wahnsinnige Behauptungen aufstellen. Aber auch sie sind ein Teil von jener Kraft, die zwar das Böse will, aber doch das Gute schafft. Aber auch bürgerliche Zeitungen (wie die Saale-Ztg.) regen durch Sensationsnachrichten über Absichten der Regierung oder der Feinde die Gemüter ganz unnötig auf. Auch hinsichtlich der Friedensbedingungen brauchen wir nicht schwärzer zu sehen, als nötig ist. Gefährlich sind auch die Geister, die das Geschaffene der Bevölkerung verekeln wollen. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben bisher zur vollsten Zufriedenheit gearbeitet. Die Nachricht der bürgerlichen Zeitungen, diese Räte hätten in den ersten vier Wochen 800 Millionen M. verpulvert, seien eine grobe Lüge. Dummheiten sind früher in viel größerem Umfange vorgekommen — nur hat man sie da zugekleistert.

Die Nationalversammlung wird weitere Ordnung in unsere Zustände bringen. Die Wahlen zu ihr werden feststellen, wer die Mehrheit hat. Diese hat dann zu bestimmen, — nicht eine Minderheit, die ihre Pläne mit Gewalt durchdrücken will. Bis zur Feststellung des Mehrheitswillens sind auch tief einschneidende wirtschaftliche Maßnahmen zu unterlassen. Wirtschaftliche neue Gebilde können nicht in wenigen Stunden entstehen. Es ist möglich, daß die Wahlen zu der Nationalversammlung schon vor dem 15. Februar stattfinden. Der Regierungsbezirk Merseburg bildet einen Wahlkreis, der neun Abgeordnete zu wählen hat. Das Verhältniswahlverfahren sorgt dafür, daß die zu wählende Vertretung den Ansichten der Wählerschaft entspricht. Voraussichtlich werden mindestens vier Parteien sich am Wahlkampf beteiligen. Redner schildert dann die Einrichtungen des Wahlrechts und meint, es sei ganz richtig, das Wahlalter auf 20 Jahre herabzusetzen. Die sozialdemokratische Partei hoffe auf die Mehrheit der Mandate im Reich. Im weiteren schildert Genosse Thiele die Forderungen, die von der Sozialdemokratie an die Gesetzgebung zu stellen sind. Ein stehendes Heer, wie wir es früher kannten, muß beseitigt werden. Unerläßlich ist die Trennung der Kirche vom Staat. Sicher wird und muß auch die Steuer- und die Vermögensabgabe eine gründliche Umgestaltung erfahren. Auch mit der Sozialisierung der Betriebe muß begonnen werden. Braucht doch das neue Reich ungeheure Summen von Geld, um die vorhandenen Schulden zu bezahlen. Große Aufgaben stehen uns bevor, aber wir haben keinen Anlaß, zu verzweifeln. Die Sozialdemokratie wird sie bewältigen!

Dem mit großen Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine lange und lebhafte Aussprache. Eine ganze Anzahl Redner (Postbeamte, Rechtsanwälte, Arbeiter usw.) legten ihre Ansichten dar. In der Hauptsache drehten sich die Ausführungen um die Bestrebungen der Spartakusleute und der Unabhängigen und manches wahre und harte Wort bekamen sie zu hören. Zum Schluß forderte Genosse Döltz, der Leiter der Versammlung, auf, rege für die Sozialdemokratie (alte Partei) und die Volksstimme zu werben. Im allgemeinen verlief die Versammlung äußerst eindrucksvoll und anregend.

In der Diskussion sprach als erster Redner Genosse Witzmann. Er stimmte dem Referenten bei und ermahnte zur Einigkeit und Geduld in der Ernährungsfrage, es stehe nicht schlecht, aber einrichten müssen wir uns. Von mehreren Rednern erfolgten scharfe Angriffe auf die Unabhängige Partei, weil sie ihre Stellung im Arbeiterrate mißbrauche, und man aus dem Regen in die Traufe gekommen sei. Als die Kriegsverletzten im Arbeiterrat Sitz verlangten, soll Kilian gesagt haben, da könne ja jeder Strumpfstopferverein Vertretung verlangen. Dieses wurde von einem anscheinend dem Arbeiterrate angehörenden Redner zu widerlegen versucht, sie sollen nur auf den großen Arbeiterrat verwiesen worden sein. Herr Radegast suchte im Unabhängigensinne auf die Versammlung zu wirken, wurde aber fast einmütig von der Versammlung zurückgewiesen.

Alle übrigen Redner stellten sich in der Hauptsache auf den Standpunkt des Genossen Thiele. Auch das Bürgertum wolle mit uns arbeiten, und nicht gegen uns. Herr Dr. Gumtz berichtete noch einige Erlebnisse aus Berlin. Haase soll in einer Versammlung gesagt haben, sie seien Bolschewisten, wenn sie auch in einem andern Staate leben. Liebknecht soll in einer Versammlung im Zirkus Busch gesagt haben: Wir müssen noch über Blut und Leichen steigen, die Regierung Ebert-Scheidemann muß gestürzt werden, es wird noch viel Blut fließen. (Diese Worte riefen starke Entrüstung bei der Versammlung hervor.) Im übrigen riet Redner zum Anschluß an unsere Partei, mahnte zur Mitarbeit am Wiederaufbau, damit Deutschland wieder an der Spitze im Völkerbunde marschiere mit den Waffen des Geistes und der Freiheit zum Wohle einer glücklicheren Menschheit.

Nach kurzem feurigen Schlußwort des Genossen Thiele und einer Mahnung des Vorsitzenden an die Versammlung, ihre Uebereinstimmung mit uns durch Abonnieren der Volksstimme und den Beitritt zu unserer Partei zu bekräftigen, wurde die Versammlung geschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 10. Dezember 1918.

Richtigstellung des Soldatenrats.

Wie in jedem Parlament, in jeder öffentlichen Körperschaft, in allen sonstigen Vereinigungen, so **auch im Soldatenrat Halle** ist es Uebung und feststehende Tatsache, daß die Vorträge und Aeußerungen einzelner Mitglieder **nicht den Willen des gesamten Soldatenrates** ausdrücken, sondern lediglich der persönliche Meinungsausdruck eines einzelnen sind, die dazu dienen sollen, irgendwelche Wünsche, Beschwerden, Vorschläge usw. zur Grundlage für die Einleitung von bestimmten Verfahren und Feststellungen zu machen. **Leider ist es geschehen, daß verschiedentlich Berichte aus den Sitzungen des Soldatenrates entstellt wiedergegeben und tendenziös gefärbt ausgeschlachtet wurden.** So wendet sich z. B. der Vorstand des Halleschen Bergwerksvereins in einer Bekanntmachung an die Oeffentlichkeit und nimmt gegen die im Soldatenrat vorgebrachten Aeußerungen, die Grubenunternehmer trieben Sabotage, Stellung. **In Wirklichkeit ist dieser Vorwurf vom Soldatenrat nicht gemacht worden.** Ein Mitglied hat lediglich das berichtet, was in einer vorausgegangenen Sitzung des Bergwerksvereins in Gemeinschaft mit Vertretern anderer Institutionen gesagt worden ist. Der Soldatenrat hat diese Wiedergabe nur zur Kenntnis, **aber keinerlei Stellung dazu genommen.** Ebenso verhält es sich mit der in der Sitzung vom 5. Dezember d. J. verhandelten Sache des Leutnants Becker. Um aus den Kreisen der Soldaten lautgewordene Beschwerden und Vermutungen eines einzelnen zu prüfen, ist der weitere Soldatenrat von diesem Vorgang in Kenntnis gesetzt worden. Wie weit diese Behauptungen den Tatsachen entsprechen, bzw. ob überhaupt eine Begründung der Anklagen vorhanden ist, wird erst die eingeleitete Untersuchung durch die Rechtskommission ergeben. Dieses Verfahren hat lediglich den Zweck, unbegründeten Vermutungen Einhalt zu gebieten und etwaige Uebelstände von vornherein zu beseitigen. Wäre z. B. der Fall des angeblichen Verkaufs der Kühe durch Leutnant Becker eine erwiesene Tatsache gewesen, so hätte der Soldatenrat sofort dazu Stellung genommen und die Angelegenheit nicht erst durch die zuständige Kommission untersuchen lassen.

So liegt eine ganze Reihe von Fällen vor (auch das Versagen der jüngeren Wachmannschaften wird in der Oeffentlichkeit entstellt kolportiert), die beweisen, daß die **Vorträge des einzelnen im Plenum als Stellungnahme des Soldatenrates aufgefaßt werden.** Es wird deshalb gebeten, lediglich Beschlüsse als eine Willensäußerung des Soldatenrates aufzufassen und die Verhandlungen des Soldatenrates ohne Vorurteil zu verfolgen, um dem Soldatenrat kein Mißtrauen, sondern Vertrauen in seine objektive Handlungsweise zum Wohle aller entgegenzubringen.

Warnung.

Bei den Lebensmittelhändlern und insbesondere an den Verkaufsständen auf dem Wochenmarkt und in der Talamtschule finden zeitweilig größere Ansammlungen von Käufern statt. Solche Gelegenheiten haben Taschendiebe in zahlreichen Fällen besonders beim städtischen Verkauf in der Talamtschule zur Ausführung von Taschendiebstählen benutzt. Den Dieben wird ihr Treiben meist noch besonders dadurch erleichtert, daß die Frauen vielfach in sorglosester Weise ihre Geldbörse in der offenen Markttasche, also für jedermann sichtbar, oder in der flachen Schürzentasche verwahren. Um nicht das Opfer von Dieben zu werden, wird dringend vor solcher Aufbewahrung der Geldbörse gewarnt; auch empfiehlt es sich, bei derartigem Andrang auf die umstehenden nächsten Personen zu achten. Wird aber ein Dieb bei der Tat überrascht, so ist keine Milde geboten, solche Personen müssen unbedingt der Polizei übergeben werden. Weiter ist in letzter Zeit beobachtet worden, daß Frauen, die zwecks Einkaufs längere Zeit in der Talamtschule verweilen, die von ihnen mitgeführten Kinderwagen mit kleinen Kindern oft aufsichtslos auf der Straße oder auf dem Schulhof aufstellen. In wiederholten Fällen haben Unberufene solche Kinderwagen mit Kind dort fortgefahren und an anderer Stelle stehen gelassen, so daß sie erst nach stundenlangem Suchen wiedergefunden wurden. Es ergeht daher an solche Frauen, die mangels anderer häuslicher Aufsicht ihr kleines Kind im Kinderwagen nach der Talamtschule mitbringen müssen, die Warnung, solchen niemals ohne Aufsicht dort stehen zu lassen. Noch besser ist es allerdings, keine Kinderwagen mitzubringen, da auch schon die Betten aus solchen gestohlen worden sind.

Die Dienstboten und Hausangestellten

hielten am 5. Dezember eine erneute öffentliche Versammlung in der Kaiser-Wilhelm-Halle ab. Sie war wiederum gut besucht. Arbeitersekretär Kleeis sprach über die wirtschaftliche Lage der Hallischen Hausangestellten und wie sie verbessert werden kann. Er knüpfte insbesondere an die vom statistischen Amte der Stadt Halle vorgenommene Erhebung über die Dienstbotenverhältnisse in Halle an.

Die Erhebung beleuchtet die Zustände vor Kriegsausbruch. Sie erstreckt sich auf 2500 Dienstboten, das ist etwa die knappe Hälfte der überhaupt in Halle vorhandenen Dienstboten. Die Erhebung geschah durch Zählblätter, die vom Arbeitsamt ausgefüllt wurden. Aus den Ergebnissen ist folgendes bemerkenswert. Etwa die Hälfte der beobachteten weiblichen Dienstboten erhielten bis zu 12.50 M. Monatslohn. Ueber zwei Drittel von allen bekamen bis zu 15 M. Die Betrachtung von Lohn und Alter zeigt, daß die in Halle gezahlten Löhne, die wesentlich niedriger sind als die etwa aus Berlin und München bekannten, geringer sind als die gewerblicher Arbeiterinnen. Die jungen Dienstmädchen und die ohne besondere Kenntnisse weisen den niedrigsten Lohn auf. Der dritte Teil der beobachteten Dienstboten war bis zu 16 Jahre alt, die reichliche Hälfte bis zu 18 Jahren. Ein großer Teil der Mädchen hatte vorher Aufwartedienste verrichtet. Der weitaus größte Teil der Dienstmädchen besaß keine besondere hauswirtschaftliche Ausbildung. Die allermeisten Mädchen erwerben diese Kenntnisse erst im Dienst. Von allen beobachteten weiblichen Dienstboten hatten 90 v. H. die Volksschule besucht, davon weit über die Hälfte eine Dorfschule. Die letztvergangene Dienstzeit betrug bei einem Drittel der Mädchen 3 bis 6 Monate. Länger als ein Jahr stand nur der vierte Teil im letzten Dienst. Die durchschnittliche Dauer eines Dienstverhältnisses berechnete sich auf 10 Monate. Die Entlassung der Dienstboten durch die Herrschaft trat nur sehr selten hervor (in rund 7 v. H. aller Fälle), während rund 70 v. H. aller Dienstboten den Dienst auf eigenen Wunsch verließen. Der weitaus größte Teil ging wegen „Mißverhältnissen" fort, die den Dienstherrschaften zur Last zu legen sind. Rund zwei Drittel der Dienst-

Ende gut, alles gut.

7] Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Ein paar Tage ließ er vorbeigehen. Zuletzt, durch den Kampf der Leidenschaft mit der Furcht gequält und geärgert, rief er zornig: „Hol der Teufel alles! So ka'n e's nemmer aushalta' — i muß woga', komm's raus wie's will!" — Die Gret stand vor seiner Seele so schön und mit einer Miene, die nichts Abschreckendes hatte! „Dommheit," rief er beherzt. „I sott me wohl vor'm Mädle färchta' (fürchten)? Des wär' ja zum Lacha'!" — Er faßte den Entschluß, bei nächster Gelegenheit mit der Gret zu schwätzen und sein Anliegen vorzubringen oder wenigstens „drom rom" (darum herum) zu reden, zu sehen, was sie für ein Gesicht dazu mache, und dann ein andermal weiter zu gehen.

Recht schön fügte sich's, daß er das Mädchen eines Abends, als ihn ein Geschäft auf den Fußweg hinter den Dorfgärten geführt hatte, ganz allein gegen sich herkommen sah. Die Gelegenheit konnte nicht günstiger sein, er mußte sie benutzen. Was er zuerst zu ihr sagen wollte, wußte er genau, nämlich: „Godda'n Ohbed (guten Abend) Margret!" Das übrige gab sich dann von selbst. Entschlossen ging er vorwärts. Wie er aber die Gret näher und näher kommen sah, machte er eine seltsame Erfahrung. Sein Herz fing an zu klopfen, vor den Augen begann es ihm zu flimmern und die Lippen wurden so schwer, als ob Gewichte darangehängt worden wären. Es schien ihm unmöglich, sie zu bewegen — und da halte einer eine Ansprache! Vor der Gret angekommen, machte er eine unerhörte Anstrengung und rief mit grimmiger Freundlichkeit: „Godda'n Ohbed, Margret!" — „Godda'n Ohbed, Michel," antwortete die Gret mit heller Stimme und mit einem Ausdruck auf ihrem Gesicht, als ob sie recht gut wüßte, in welchem Spittel der arme Bursche krank länge. Dieser nahm indes nichts wahr. Nach der Leistung, die er sich abgerungen, trieb es ihn mit unwiderstehlicher Macht an ihr vorüber — weiter und weiter. Nachdem er hundert Schritte gemacht hatte, atmete er auf; aber erst als er um eine Ecke bog und nicht mehr gesehen werden konnte, wurde er leichter und ruhiger. — Er hielt an, dachte nach — — und sein Benehmen stand klar vor seinen Augen. Er hatte sich nun doch gefürchtet — und die schönste Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen! Unmut erfüllte seine Brust und sehr ärgerlich rief er: „Jetz möcht' e mer glei (gleich) selber a'n Ohrfeig' geba', daß mer der Kohpf somsa' dät! Fürcht' me wärle, und zitter' am ganza Leib, als wenn e oen ombrocht hätt! Sott ma' denn globa', daß ma' so domm sei' ka'?"

Die Sache war indes nicht anzufechten, sie war geschehen, und der Verdruß konnte nichts daran ändern. Für Michel gab es nur einen vernünftigen Entschluß: sie zu vergessen und sich vorzunehmen, es ein andermal besser zu machen. Dazu verstand er sich denn auch. „I ben a Narr," sagte er, „daß e me verzürn'! Verloara'n ist no nex, und so wurd's net allmol ganga' (gehen)." — Er stellte sich vor, wie er das nächste Mal reden werde, er hatte Einfälle, wie man sie nach einer versäumten Gelegenheit zu haben pflegt — und so von weitem schien sich ihm die Sache ganz leicht zu machen. „Bah," meinte er endlich, „des ist ha'et nor so a dommer A'fall g'wesa'! 's müeßt ja beim Teufel sei', wann ih net könnt', was jeder ander' ka'!" — Er tröstete sich und ging beruhigt und mit neuem Mut nach Hause.

Wieder verstrich einige Zeit. Es war in der letzten Woche des Monats Mai, und unter dem Wehen der Ostluft kam ein wunderschöner Tag herauf. Ein leichter Reif hatte auf der Landschaft gelegen, die Sonne, in den wolkenlosen Himmel sich erhebend, sog ihn weg und goß den Silberglanz des Morgens über die Erde. Die Lerchen sangen, die Landleute, die sich an ihre Arbeit begaben, zeigten vergnügte Gesichter, das Vieh, das zum Saufen getrieben wurde, brüllte vor Lust und sprang rechts und links in die Höhe. Das alles war so fröhlich, so ermutigend! Es war einer von den Morgen, wo im Herzen so wenig eine Sorge aufkommen kann, wie am Himmel ein Wölkchen — wo im Innern der Frohsinn regiert und draußen der Sonnenschein.

An diesem Morgen fühlte sich unser Michel frisch und munter, wie seit langer Zeit nicht. Er dachte an die Gret — mit stillem, ruhigem Vergnügen. Es war ihm, als könnte er heute schwätzen und Spaß machen nach Belieben, und wenn's sein müßte, gelegentlich auch ein ernstes Wort reden — kurz, er fühlte sich aufgelegt. Indem er sich's lebhaft vorstellte, empfand er ein Verlangen, sein Vermögen ins Werk zu setzen. Er faßte sich kurz und machte sich auf den Weg durch die Gasse, in der Hoffnung, die Geliebte zu sehen. Im Notfall, wenn er sie nämlich vor ihrem Hause nicht traf, konnte er hineingehen und den Maurer bestellen; denn an seinem Hause war ein Stück weit der Mörtel abgefallen, und wenn es auch auf dem Lande nicht grad notwendig war, ihn wiederherzustellen, so konnte es doch auch nicht schaden.

Sein guter Mut und seine Laune minderten sich nicht, als er der Wohnung des Maurers sich näherte. Er hatte ein paar Vorübergehende gegrüßt und die gewöhnlichen Formeln waren ihm so leicht und lustig vom Munde gegangen, daß ein junges Weib sagte: „Du bist aber ha'et alert, Michel!" — Darin lag für ihn ein neuer Beweis, daß er heute seinen guten Tag habe, und rüstig ging er vorwärts. In dem kleinen Hofe sah er die Gret nicht; aber im Wurzgärtlein, von der Gasse nur durch einen niedrigen Zaun getrennt, war sie über ein Beet hin gebückt. Wie er sie hier unvermutet erblickte, war er doch betroffen. Es hieß nun wieder: „Vogel friß oder stirb," und vor dem strengen Antlitz der Notwendigkeit entfloh der leichte Humor in seinem Herzen, um den Anwandlungen von letzthin Platz zu machen. Es mahnte ihn etwas, zu tun, als ob er sie nicht gesehen hätte, und sachte weiter zu gehen. Aber heute war er nicht gemeint, auf die Stimme des Kleinmuts zu hören; er unterdrückte die Bewegungen seines Innern, blieb stehen und rief entschlossen: „Godda' Morga', Margreat!" — Das Mädchen sah auf und erwiderte: „Ei, godda' Morga', Michel! Bist oh scho' en der Höa'?" (Höhe, das heißt aufgestanden.) — Diese Frage kam ihm ungelegen; denn eigentlich hatte er selber fragen wollen: „Oh scho' auf?" — und wenn sie dann, wie es nicht wohl anders möglich war, mit Ja antwortete, so hätte er ihr was Schönes gesagt über ihr frühes Aufstehen, ihren Fleiß usw. Das konnte er nun, wenigstens in der zuerst ausgedachten Weise, nicht mehr, und dieser Umstand machte ihn ein wenig verwirrt. Er antwortete zögernd: „Jawohl," und da er sich auf diesen Fall nicht vorgesehen hatte, so entstand eine kleine Pause. Allein mit Recht hatte er geglaubt, daß er heute seinen guten Tag habe. Nicht lange besann er sich, und ein neuer Einfall war da. Er drehte seinen Kopf in der Luft herum und sagte: „Ha'et hommer (haben wir) amol a schöas Wäder (Wetter)!" — Die Gret erwiderte heiter: „Ja gottlob! Mer (wir) konna's aber oh braucha'!" Und ohne Unterbrechung und würdig setzte er hinzu: „Descht (das ist) wohr! — Des könna' mer!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181210-19/fragment/page=0005

mädchen waren nicht in Halle geboren, also von auswärts nach hier gekommen. Etwa die Hälfte war in einem Dorfe geboren.

Redner schilderte dann noch, wie sich die Dienstbotenverhältnisse während des Krieges entwickelt haben. Lohnzulagen sind nur in geringem Umfang gewährt worden. Jedenfalls entsprechen sie bei weitem nicht der Verteuerung der Kleidung und des Schuhwerkes, wofür die Hausangestellten doch erhebliche Aufwendungen machen müssen. Die Ernährungsverhältnisse sind bei manchen Dienstboten recht ungünstige; mitunter bekommen sie nicht einmal die Ration, die ihnen von der städtischen Lebensmittelverteilung zugedacht ist. Kleeis schilderte dann noch die unendlichen Arbeitszeiten usw. An diesen Zuständen trage das seitherige Fehlen jedweder gewerkschaftlicher Organisation mit die Hauptschuld.

In der Aussprache schilderte Frau Fehse die Vorteile des Verbandes der Hausangestellten. Der Beitrag von 60 Pf. monatlich sei nur gering; dafür werde Krankenunterstützung, Rechtsschutz und vieles andere gewährt. Die nächste Zusammenkunft ist kommenden Donnerstag, 12. Dezember, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus. Aufnahmen werden auch im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, Zimmer 6, bewirkt.

*** Offener Brief der Guttempler an den Arbeiter- und Soldatenrat in Halle.** Immer schwieriger gestaltet sich die Ernährung unseres Volkes. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hören wir es aus dem Munde der verantwortlichen Männer der Reichsleitung, daß unsere Vorräte nach wenigen Monaten erschöpft sein werden und uns die grauenvolle Hungersnot droht. Mit um so größerem Erstaunen haben wir daher die Verfügung des Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes gelesen, daß die Malzkontingente der Bierbrauereien bis zu 72 v. H. mit Gerste zu beliefern sind, da infolge der Einstellung der besonderen Bierversorgung des Feldheeres und der Marine die noch für Heeres- und Marine-Bierherstellung bestimmte Braugerste frei geworden ist. — Gegen diese Vergeudung eines unentbehrlichen Nahrungsmittels zur Herstellung eines entbehrlichen Genußmittels erheben wir hiermit nachdrücklichst Einspruch. Nahrungsmittel, die durch Vergärung vergeudet werden, bedeuten heute Hunger der Massen. Jeder deutsche Mann wird und muß gern auf einen jetzt doch sehr fraowürdigen Genuß verzichten, wenn er weiß, daß dadurch seine Familie mehr zu essen bekommt. Jede deutsche Frau wird und muß sich dagegen auflehnen, daß ihren Kindern Nahrungsmittel entzogen werden, und seien es noch so geringe Mengen. Jeder heimkehrende Krieger wird sehr gern auf jede Bierspende verzichten, wenn er erfährt, daß er dadurch seine und seiner Angehörigen Brotmenge vergrößern hilft. In diesen schicksalsschweren und entscheidungsvollen Stunden brauchen wir keinen Alkohol als Quelle der Kraft und des Mutes, wohl aber gesunde und nüchterne Männer und Frauen mit klarem Kopf, ruhigem Blut, starkem Pflichtbewußtsein und opferbereiter Liebe fürs Vaterland.

Wir bitten darum den Arbeiter- und Soldatenrat von Halle, Herstellung und Vertrieb alkoholischer Genußmittel, die aus wichtigen und unbedingt nötigen Lebensmitteln — Gerste, Roggen, Weizen, Kartoffeln — hergestellt sind, in seinem Machtbereiche zu untersagen, dazu schon gelieferte oder bereitgestellte Mengen von Getreide und Kartoffeln zu erfassen und der allgemeinen Ernährung zuzuführen.

Gleichzeitig sprechen wir die Bitte aus, in diesem Sinne auf die Regierung und Reichsleitung einwirken zu wollen.

Deutscher Guttempler-Orden (J. O. G. T.), Loge Moritzburg Nr. 965 in Halle a. d. S. Deutscher Bund abstin. Frauen, E. V. Verein des Blauen Kreuzes Halle (Saale). Bund deutscher Volkserzieher. Deutscher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Zweigverein Halle.

*** Warum „Thiele"-Versammlung?** Im Volksblatt wird die Behauptung widerlegt, die am Sonntag in der Versammlung im Walhalla-Theater aufgestellt wurde und dahin ging, Kilian habe den Kriegsbeschädigten erst dann eine Vertretung im Arbeiterrate zugesprochen, wenn sie sich bei den Unabhängigen organisierten. Das wurde bereits in der Versammlung durch Genossen Chemnitz widerlegt; das Volksblatt wiederholt das in einer von Kilian unterzeichneten Erklärung. Kilian spricht da immer nur von der Thiele-Versammlung, nie von der Walhallaversammlung. Man [illegible] ekt die Absicht, wird aber nicht verstimmt; denn Kil[illegible] bleibt [illegible]en — Kilian!

*** Das Gewerkschaftskartell Halle** hält nächsten Mitt[illegible] 8 Uhr eine wichtige Sitzung im Volkspark ab. Auf [illegible] ordnung steht die Erwerbslosenfürsorge usw. Die Gewerkschaftsvorstände sind eingeladen.

*** Volksabende mit freier Aussprache.** Am Mittwoch, dem 11. Dezember, 8½ Uhr, wird am 6. Abend Herr Rektor O. Haase die für die Zukunft der deutschen Jugenderziehung so bedeutungsvolle Frage der Einheitsschule durch einen einleitenden Vortrag zur Erörterung stellen.

*** Freibank-Verkauf.** Zum Freibank-Verkauf werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr Nr. 2551—2650, um 9 Uhr Nr. 2651—2750, um 10 Uhr Nr. 2751—2850, um 11 Uhr Nr. 2851—2950, um 12 Uhr Nr. 2951—3050, um 1 Uhr Nr. 3051 bis 3100.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater Halle. Die Einstudierung von Mozarts Cosi fan tutte, die wir am Sonntag im Stadttheater hörten, dürfte im Spielplan dieses Winters nur eine Verlegenheitserscheinung sein. Das Werk gehört zu denjenigen Opern des Meisters, die, im Zwange der Hofluft geschrieben, zu deutlich den Stempel der beteiligten Arbeit tragen. Cosi fan tutte (So machens alle) verdankt seine Entstehung dem Kaiser Joseph und erlebte seine Uraufführung am 26. Januar 1790. Daß Herr Direktor Sachse der Pflege klassischer Zopfmusik ein reichliches Interesse entgegenbringt, ist eine persönliche Geschmacksache. Gewiß ist jedes Bemühen, Abwechslung in der Kunst zu bieten, zu begrüßen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß es angesichts der Fülle unserer Opernliteratur nicht nötig war, bei einem so frivolen dürftigen Libretto wie Cosi fan tutte Halt zu machen. Wenn man aber schon in die vergessenen Rumpelkammern des Opernrepertoirs greift, um damit musikalische Pietät zu beweisen, so wäre es doch wünschenswert, diese verstaubten Partituren nicht ohne Streichungen auszugraben. Und dann diese gräßlichen Rezitative! Man gebe die Mozartopern mit Dialog! Sprechgesang unter Klavierbegleitung gehört ins Tingeltangel, nicht auf die Bühne!

Die gestellte Szenerie machte sich sehr hübsch; vielleicht wäre es jedoch für den äußeren Rahmen noch freundlicher gewesen, den Schauplatz für den 2. Akt zu verwandeln. Die Hochzeitstafel machte einen geradezu häßlichen Eindruck; oder sollte man die kaschierten Braten und Früchte des Requisiteurs auch beschlagnahmt haben? — Als Ganzes genommen bot die Vorstellung jedoch recht Gutes; man hatte mit Fleiß gearbeitet und das volle Haus dankte den Künstlern mit freundlichem Beifall. Herr Neudörffer erfreute trotz seiner Heiserkeit als Guglielmo durch Wärme des Vortrags und elegantes Spiel, während Herr Harlacher (Ferrando) schauspielerisch weniger günstig hervortrat. Die beiden händeringenden Schwestern Fiordiligi (Frl. Schwarz) und Dorabella (Frl. Krey) schienen sich in ihren Rollen nicht besonders wohl zu fühlen, letztere sah übrigens als blonde Italienerin sehr unvorteilhaft aus. Das Kammermädchen Despina hatte in Frl. Engbardt eine sehr glückliche Vertreterin gefunden, auch Herr Roesler verlieh seinem Alfonso humorvolle gefällige Züge. Die musikalische Leitung hatte Herr v. Pander inne; etwas mehr Tempo, und sein Erfolg wäre vollkommen gewesen. Wbr.

Schneewittchen. Am Freitag nachmittag wurde auch im Stadttheater die Weihnachtszeit eingeläutet und unter dem Jubel der zahlreich herbeigeeilten Kinderschar das reizende Weihnachtsmärchen Schneewittchen aufgeführt. Was glänzten die Augen der Kleinen, was schlugen ihre kleinen Herzen angstvoll um das Los Schneewittchens, was war der Jubel groß, als sich das Schicksal desselben so schön aus aller Pein herausschälte. Vergessen war da aller Kriegskummer, die kleinen Mäuler gaben der Freude ungebundenen Ausdruck. Die Aufführung war eine der jungen Schar angepaßte klare und verständnisvolle. Die Szenerie ließ die kleinen und großen Kinder vergessen, daß das ganze ein Märchen sei. Hellen Beifall fanden vor allem die Zwerge, sowie die Ballett-Vorführungen im 7. Bilde. Die Mitwirkenden, vor allem Fräulein Irma Grawi als Schneewittchen, gaben ihr Bestes, um den Kleinen zu gefallen. Das Orchester unter Leitung des Herrn Kapellmeister Schönbach paßte sich der Handlung aufs beste an. Sicher wird das Weihnachtsmärchen noch manch Kindergemüt erfreuen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, geht Walter Harlans gotisches Lustspiel „Die vorsichtige Jungfrau" in Szene. Mittwoch abend „Cosi fan tutte" von Mozart, Donnerstag — Anfang 7 Uhr — „Lohengrin", Freitag „Familie Schimel", Sonnabend abend „Die versunkene Glocke", Oper von Heinrich Zöllner. Das Weihnachtsmärchen „Schneewittchen" wird am Mittwoch und Sonnabend nachmittag 3½ Uhr wiederholt.

Aus der Provinz.

Merseburg. Eine Frauenversammlung tagte am Freitag im Tivoli. Aus allen Schichten waren die Frauen erschienen. Frau Hoppstoß eröffnete die Verhandlungen, worauf Schwester Lydia Ruehland aus Dürrenberg das Wort ergriff. Sie sprach über „Frauenforderungen im neuen Deutschland". Die Rednerin erwähnte Bebels bekannte Schrift „Die Frau und der Sozialismus", der damit der Frau das Gefühl der Menschenwürde wiedergab und sie dem Mann gleichstellte. Priestermacht und Staatsmacht haben die Frau unterjocht und sie zu einem Wesen zweiter und dritter Klasse im Staatsleben gemacht. Richtschnur waren immer: Die Frau gehört ins Haus! Wie aber liegen die Verhältnisse heute? Millionen von Frauen arbeiten außer dem Hause und suchten ihren Lebensunterhalt in schwerer, harter Arbeit. Die Gesellschaftsordnung billigte ihr aber irgend welchen Einfluß nicht zu. Alle Gesetze und Gesetzentwürfe für das weibliche Geschlecht wurden stets ohne die Frauen durchberaten und beschlossen. Man regelte die Arbeiterinnenfrage in den Fabriken, die Militärgesetze, den Schulzwang, die Gesetzentwürfe über Mutterschutz, Säuglingsfürsorge usw. Auch die Frage des gesetzlichen Arbeiterschutzes berührte Rednerin und fand am Schlusse großen Beifall. In der Debatte trat ein Dr. Köttritz auf, mußte aber unter großer Unruhe den Saal verlassen, da er völlig taktlos auftrat. Sonst verlief die Versammlung gut.

Weißenfels. Kriegsfolgen. Ein Schuljunge von hier, jetzt in Quedlinburg in einer Erziehungsanstalt, war mit einem andern Jungen in Unterkaka in die Küche des Hofmeisters Tietze eingestiegen und hatte dort liegende 2 Pfund Brot, Eier, Käse und ein Portemonnaie mit 2.50 M. gestohlen. Er ist dafür von der Naumburger Strafkammer zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Naumburg. Schlechter Umgang. Die Schneiderin Witwe Olga B. war mit der ledigen Erna Br. befreundet, was für sie verhängnisvoll geworden ist. Letztere war im Besitze eines zweiten Schlüssels zum Verkaufsladen ihrer Mutter. Zu drei verschiedenemalen hatten sie zusammen Kleiderstoffe, Schürzenzeug, Zwirn und ähnliche Waren von dort geholt und diese zum Preise von zusammen 2488 Mark an Dörfern verkauft. Weiter hatten sich beide der Gewerbsunzucht schuldig gemacht. Für letztere hat die Strafkammer jeder 14 Tage Haft zuerkannt, die B. hat wegen der Diebstähle 9 Monate Gefängnis bekommen. Die Br. ist frei ausgegangen, weil ihre Muter keinen Strafantrag gestellt hatte. Diese darf aber die Kosten des Einstellungsverfahrens zahlen.

Bitterfeld. Verbotener Tanz. Der Arbeiter- und Soldatenrat erläßt mit dem Landrat folgende Bekanntmachung: Das Abhalten von öffentlichen und geschlossenen Tanzlustbarkeiten wird mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit bis auf weiteres verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Osterfeld. Getreideschiebung. Der Landwirt Eugen Hendrich in Lindau ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts in Osterfeld wegen Beiseiteschaffung beschlagnahmter Getreidevorräte zu 500 Mark Geldstrafe evtl. 100 Tagen Gefängnis bestraft worden.

Eisleben. Vom Soldatenrat wird mitgeteilt: Dringender Gründe halber sieht sich der Soldatenrat veranlaßt, vom 5. Dezember an für sämtliche Militär-Personen in Eisleben Zapfenstreich um 12 Uhr nachts festzusetzen.

Erwerbslosenfürsorge der Stadt Halle.

Auf Grund der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 13. November 1918 (R.-G.-Bl. S. 1305) wird für den Stadtkreis Halle folgendes angeordnet:

I.

Voraussetzung der Unterstützung.

§ 1.

Erwerbslosenfürsorge wird solchen Personen gewährt, welche

1. über 14 Jahre alt sind,
2. arbeitsfähig, arbeitswillig, beim städtischen Arbeitsamt als arbeitsuchend eingetragen sind und sich infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden. Eine bedürftige Lage ist nur anzunehmen, wenn die Einnahmen des zu Unterstützenden einschließlich der Einnahmen der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen infolge gänzlicher oder teilweiser Erwerbslosigkeit derart zurückgegangen sind, daß er nicht mehr imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten,
3. im Bezirk der Stadtgemeinde Halle ihren Wohnort haben,
4. mindestens 3 Tage arbeitslos sind.

Die Erwerbslosenfürsorge hat nicht den Rechtscharakter der Armenpflege.

§ 2.

Für Kriegsteilnehmer gilt abweichend von den Bestimmungen des § 1 Ziffer 3 und 4 folgendes:

1. Erwerbslosenfürsorge wird den Kriegsteilnehmern gewährt, wenn sie vor ihrer Einziehung zum Heere im Bezirk der Stadtgemeinde Halle gewohnt haben. Kriegsteilnehmer, die vor der Einziehung zum Heer nicht im Bezirk der Stadtgemeinde Halle gewohnt haben, sich aber nach der Demobilmachung dort aufhalten, erhalten nur vorläufige Unterstützung, die vorschußweise für Rechnung der Gemeinde ihres früheren Wohnorts gezahlt wird.
2. Die Bestimmung des § 1 Nr. 4 über die Wartezeit gilt nicht für Kriegsteilnehmer.

Voraussetzung für die Erwerbslosenfürsorge der Kriegsteilnehmer ist der Nachweis ihrer ordnungsmäßigen Entlassung.

§ 3.

Weibliche Personen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind.

Personen, deren frühere Ernährer erwerbsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenunterstützung.

Wer infolge der Art seines Berufes tagweise oder stundenweise erwerbslos zu sein pflegt, wird für diese Zeit nicht unterstützt.

§ 4.

Ausgeschlossen von der Unterstützung sind diejenigen Personen, welche laufende Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen.

§ 5.

Kleinerer Besitz (Spargroschen, Wohnungseinrichtung) sind für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht zu ziehen.

II.

Uebernahme von Arbeit.

§ 6.

Erwerbslose sind verpflichtet, jede nachgewiesene geeignete Arbeit auch außerhalb ihres Berufes und Wohnortes, namentlich in dem früheren Beschäftigungsort und dem vor dem Kriege bewohnten Ort sowie zu gekürzter Arbeitszeit anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die nachgewiesene Arbeit die Gesundheit nicht schädigt, die Unterbringung sittlich bedenkenfrei ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie nicht unmöglich wird.

Freie Fahrt (Fahrkarten) zur Reise in den Beschäftigungsort ist aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen.

§ 7.

Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen andern Ort gezogen sind, sollen möglichst in den früheren Wohnort zurückkehren. Um ihnen die Rückkehr in den früheren Wohnort zu erleichtern, ist unverzüglich für sie die Arbeitsvermittlung in die Wege zu leiten. Diesen Personen ist auch, ohne daß ihnen bereits Arbeit an ihrem früheren Wohn- oder Beschäftigungsort nachgewiesen ist, freie Fahrt (Fahrkarte) zur Reise dorthin aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen.

Nach § 5 der Verordnung vom 13. November 1918 ist die Gemeinde des früheren Wohnorts nach Rückkehr solcher Personen zu ihrer Unterstützung verpflichtet.

III.

Art und Höhe der Unterstützung.

§ 8.

Die nach den Vorschriften der §§ 1—4 zu gewährende Erwerbslosenunterstützung beträgt bei gänzlicher Erwerbslosigkeit für jeden arbeitslosen Wochentag:

für männliche Personen bis zu 16 Jahren	2.70 M.
für männliche Personen von 16 bis 21 Jahren	4.— M.
für männliche Personen über 21 Jahre	5.20 M.
für weibliche Personen bis zu 16 Jahren	2.— M.
für weibliche Personen von 16 bis 21 Jahren	2.20 M.
für weibliche Personen über 21 Jahre	3.— M.

Für Familienangehörige, zu deren Unterhalt der Unterstützte gesetzlich verpflichtet ist und die keine selbständige Unterstützung nach Absatz 1 beziehen, wird ein Zuschlag von 1 M. für den Arbeitstag gewährt, welcher nur bei Unterstützung des Haushaltungsvorstandes und an diesen zu zahlen ist, jedoch insgesamt 4 M. für den Tag nicht überschreiten darf.

Erreichen Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, so erhalten sie für die ausgefallenen Arbeitsstunden Erwerbslosenunterstützung, sofern 70 v. H. ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes den doppelten Unterstützungsbetrag im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen. Der fehlende Betrag ist als Erwerbslosenunterstützung zu zahlen.

Für Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, wird Unterstützung gewährt.

An Stelle der Geldunterstützungen können nach näherer Bestimmung des Magistrats Sachleistungen (Mietsunterstützung, Gewährung von Lebensmitteln und dergl.) treten.

§ 9.

Ist der Empfänger der Unterstützung Mitglied einer Krankenkasse, so übernimmt die Gemeinde die freiwillige Weiterversicherung nach Maßgabe seiner bisherigen Versicherungsstufe, höchstens aber bei männlichen Personen der Stufe Va, bei weiblichen Personen der Stufe IV.

Der Unterstützte hat sich sofort bei seiner Krankenkasse zu melden. Im Falle der Weigerung kann die Unterstützung ganz oder teilweise versagt werden.

§ 10.

Rentenbezüge sind auf die Erwerbslosenunterstützung nur insoweit anzurechnen, als die Erwerbslosenunterstützung und Rentenbezüge zusammen den 4fachen Ortslohn übersteigen.

§ 11.

Die Entscheidung über das Vorhandensein der Voraussetzungen (§§ 1—5) und die Festsetzung der Höhe der Unterstützung liegt dem Städtischen Arbeitsamt ob.

IV.

Auszahlung.

§ 12.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt wöchentlich an der von dem Magistrat festzusetzenden Stelle und nach näher zu bestimmenden Zeitpunkten.

Bei Auszahlung der Unterstützung ist die abgestempelte Vormerkkarte des städtischen Arbeitsamtes, aus der die Erwerbslosigkeit hervorgeht, vorzulegen.

V.

Kontrolle.

§ 13

Die Unterstützungsempfänger haben sich jeden Tag innerhalb der festgesetzten Zeit bei dem städtischen Arbeitsamt zu melden.

Der Magistrat kann nach Anhörung des Fürsorgeausschusses (§ 18) anderweite Kontrollvorschriften erlassen.

VI.

Besondere Vorschriften für Jugendliche.

§ 14.

Für jugendliche Personen beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 20 Jahren kann die Bewilligung und Auszahlung der Unterstützung nach Maßgabe besonderer, von dem Magistrat zu veröffentlichender Bestimmungen abhängig gemacht werden, von der Teilnahme an der Allgemeinbildung dienenden Veranstaltungen, Besuch von Werkstätt, Lehrkursen und dergl.

Der Fürsorgeausschuß (§ 18) ist vor dem Erlaß dieser Bestimmungen zu hören.

VII.

Unterbrechung und Fortfall der Unterstützung sowie Ausschließungsgründe.

§ 15.

Die Zahlung der Unterstützung ist ganz oder teilweise aufzuheben, wenn festgestellt wird, daß die Voraussetzungen hierfür (§§ 1—4) ganz oder zum Teil nicht mehr vorliegen.

§ 16.

Der Ausschluß von dem Bezuge der Erwerbslosenunterstützung erfolgt

1. wenn der Unterstützungsempfänger die Fürsorge mißbraucht, insbesondere wenn er die Unterstützung durch unwahre Angaben oder Verschweigen von Tatsachen erlangt hat oder weiter bezieht,
2. wenn der Unterstützungsempfänger die von dem Magistrat gemäß § 13 erlassenen Kontrollvorschriften nicht beachtet.

§ 17.

Die Unterstützung ruht für jeden Tag an dem der Unterstützungsempfänger sich nicht innerhalb der festgesetzten Zeit auf dem Arbeitsamt meldet oder sich mit triftigen Gründen entschuldigt hat.

Die Erwerbslosenunterstützung wird für Verheiratete auf die Dauer von höchstens 8 Wochen, für Ledige auf die Dauer von höchstens 6 Wochen gewährt.

VIII.

Fürsorgeausschuß.

§ 18.

Als Fürsorgeausschuß im Sinne der Bestimmungen des § 13 der Verordnung vom 13. November 1918 wird die Deputation für das städtische Arbeitsamt bestimmt.

Die Deputation für das städtische Arbeitsamt entscheidet als Fürsorgeausschuß über Streitigkeiten in Angelegenheiten der Erwerbslosenfürsorge; über Beschwerden gegen Entscheidungen des Fürsorgeausschusses entscheidet die Kommunalaufsichtsbehörde endgültig.

IX.

Ausführungsbestimmungen.

§ 19.

Dem Magistrat bleibt vorbehalten, Ausführungsbestimmungen — insbesondere über die Organisation und Geschäftsführung der Erwerbslosenfürsorge — nach Anhörung des Fürsorgeausschusses zu erlassen.

X.

Inkrafttreten.

§ 20.

Die Bestimmungen treten mit der Verkündung in Kraft.

Halle, den 3. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181210-19/fragment/page=0006